

**Vereinbarung zur Zusammenarbeit
- Koalition -
zwischen
SPD, CDU, FDP
in der 20. Wahlperiode
der Seestadt Bremerhaven
2019 - 2023**

Präambel

Die Bürgerinnen und Bürger Bremerhavens haben bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 den Parteien von SPD, CDU und FDP die Möglichkeit zur Zusammenarbeit gegeben. Auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen und des in den Verhandlungen erzielten Konsenses stellen sich die Koalitionspartner den besonderen Herausforderungen in den nächsten vier Jahren. Die Koalitionäre werden auf der Basis ihrer Bereitschaft zum Konsens und des gegenseitigen Vertrauens Entscheidungen gemeinsam treffen und umsetzen.

Wir werden uns für ein Bremerhaven einsetzen, das die Gemeinschaft und ein Miteinander über alle Generationen hinweg in den Mittelpunkt stellt. Wir werden unser politisches Handeln daran ausrichten, dass für alle Schülerinnen und Schüler gleiche Bildungschancen bestehen, indem auf ein attraktives, nachhaltig gestaltetes Arbeits- und Lebensumfeld geachtet wird, und wo kulturelle und sportliche Angebote für die Bevölkerung vorgehalten und ermöglicht werden. Die Menschen sollen auf ihr Bremerhaven insgesamt sowie auf ihren Stadtteil stolz sein und sich mit der Stadt identifizieren.

Der Stellenwert kommunaler Klimaschutzpolitik ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Kommunaler Klimaschutz ist weitaus mehr als nur eine vorausschauende und sinnvolle Aufgabe zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen. Klimaschutz wird zunehmend zu einem Wirtschaftsfaktor, zu einem Wettbewerbs- und zu einem Standortvorteil. Deshalb setzen wir uns für die Etablierung eines Green Economy-Zentrums in Bremerhaven ein. Aber auch kleinteilige Maßnahmen zur Verbesserung von Umwelt und Klima, wie z. B. die Umrüstung auf LED und Attraktivitätssteigerung des ÖPNV, werden wir vorantreiben.

Die wachsende Vielfalt ist eine Herausforderung an unsere Stadtgesellschaft, der wir uns stellen müssen. Es müssen nachhaltige Handlungskonzepte entwickelt werden, die soziale Schieflagen und individuelle schwierige Lebenssituationen verringern können. Da Zukunftschancen und Chancengleichheit bei der frühkindlichen Bildung beginnen, werden wir den erforderlichen Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern weiter vorantreiben. Dem wachsenden Gefühl der Entfremdung wollen wir begegnen, indem wir Toleranz stärken, aber gleichzeitig auch auf die Einhaltung der Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestehen.

Damit Bremerhaven ein zukunftsfähiger und lebenswerter Ort bleibt, muss sich die Mobilität in unserer Stadt deutlich nachhaltiger entwickeln. In den nächsten vier Jahren wird entscheidend sein, ein Gesamtkonzept für nachhaltige Mobilität auf den Weg zu bringen..

Die fortschreitende Digitalisierung ist Aufbruch und Herausforderung zugleich. Sie verändert das Zusammenleben der Menschen, das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Staat. Digitalisierung ist dabei mehr als nur Online-Erreichbarkeit der Verwaltung. Es geht um die Anforderungen digitaler Kommunikation mit der Bevölkerung und um E-Partizipation. Wir werden die Möglichkeiten für eine Smart City dort nutzen, wo sie Effizienzvorteile bietet und das Angebot der Daseinsvorsorge verbessert.

Bremerhavens Politik ist gefordert, in den nächsten Jahren die ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Zukunft aktiv zu gestalten. Dafür wollen wir den Menschen in unserer Stadt zuhören, ihre Ängste aufnehmen, ihre Bedenken berücksichtigen oder entkräften. Wir wollen einen besseren Dialog mit den Menschen unserer Stadt finden und Antworten geben.

Bildungsoffensive

Bremerhavens Schulen bereiten die Schülerinnen und Schüler auf das Leben, die Ausbildung und das Studium vor. Unser Ziel ist es, ein offenes und sozial durchlässiges Bildungssystem zu schaffen, das kein Kind zurücklässt und allen die gleichen Möglichkeiten eröffnet, ihre Potenziale zu nutzen. Hierfür wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen und verbessern, die kommunalpolitisch veränderbar sind. Wir investieren massiv in moderne Schulen und Bildung – so viel wie niemals zuvor.

Wir wollen die schulische Inklusion entsprechend den Zielen der UN Behindertenrechtskonvention fortführen. Inklusiv Bildung schafft die Basis für eine humane Gesellschaft und ein friedliches und soziales Miteinander, die unterschiedliche Bedürfnisse aller Lernenden in den Mittelpunkt der Bildungsprozesse rückt.

Klare und verlässliche finanzielle und personelle Rahmenbedingungen

Die Koalition schafft einen klaren und verlässlichen kommunalen Finanzrahmen für den Bildungsbereich. Wir investieren weiter in die sachliche und personelle Ausstattung (bspw. technische Ausstattung, Lehr- und Lernmittel und Geschäftszimmer). Kürzungen finden nicht statt, sondern weitere Investitionen. So schaffen wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit für die wichtige Arbeit der Schulen.

Wir unternehmen alle Anstrengungen, um mehr qualifizierte Lehrkräfte für den Bremerhavener Schuldienst zu gewinnen. Hierzu begrüßen wir die Initiative des Landes, die Vergütung der Lehrkräfte an Grund- und Oberschulen auf A13 anzugleichen und eine angemessene Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung zu prüfen.

Wir werden gemeinsam mit dem Land Bremen neue Wege suchen, um die Lehrerbildung in Bremerhaven attraktiver zu gestalten. Das Stipendienprogramm der Stadt Bremerhaven wird ausgeweitet. Für das Referendariat an Bremerhavener Schulen sollen ähnlich der Polizeiausbildung eigene Zugänge geschaffen werden, um insbesondere Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern aus der Region eine verlässliche Perspektive zu eröffnen.

Wir werden die Qualifizierung von Quereinsteigern in den Lehrberuf ausbauen und prüfen, ob Lehrbeauftragte aus der Praxis zeitlich begrenzt in den Mangelfächern im Sekundarbereich II eingesetzt werden können.

Schulqualität verbessern

Wir wollen die Unterrichts- und Schulqualität weiterentwickeln und verbessern. Dazu ist es unter anderem notwendig, die individuellen Leistungsstände der Schülerinnen und Schüler von Anfang an besser zu erheben, um eine Grundlage für die individuelle Leistungsentwicklung und -förderung zu schaffen. Individuelle Defizite und Können von Schülerinnen und Schülern müssen Grundlage für die Weiterentwicklung von Unterricht sein. Wir schließen uns daher den Anstrengungen des Landes an, ein datenbasiertes Bildungsmonitoring aufzubauen und für die Unterrichtsentwicklung nutzbar zu machen.

Damit Schülerinnen und Schüler die notwendigen Inhalte und Kompetenzen erwerben können, die sie beim Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I benötigen, prüfen wir, wie längere Lernzeiten an der Grundschule realisiert werden können. Zudem werden wir die Leistungsbewertungen/Zeugnisse verändern, so dass eine bessere Verständlichkeit für Eltern, Nachvollziehbarkeit und Vergleichbarkeit gegeben ist.

Wir werden die Anstrengungen des Landes Bremen unterstützen, die Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen mit Defiziten in der deutschen Sprache fortzusetzen und auszubauen.

Die Schulqualität steht im Mittelpunkt, und alle, die in der Schule oder der Schulverwaltung tätig sind, haben die Aufgabe, sie zu verbessern. Daher unterstützen wir Schulleitungen in ihrer Funktion als Qualitätsmanager und wollen sie stärken. Lehrerinnen und Lehrer sollen von bürokratischen Aufgaben entlastet werden. Wir streben eine Straffung und Abschaffung von Berichts- und Dokumentationspflichten an.

Inklusion

Die Herausforderungen, Probleme und Erfahrungen bei der Realisierung der Inklusion haben zu umfangreichem Erfahrungswissen geführt, das fortlaufend für den weiteren Schulentwicklungsprozess genutzt werden muss.

Zusätzliche Qualifikationen und Kompetenzen der Bewerberinnen und Bewerber sind für Schulen ein wichtiges Auswahlkriterium. Wir streben an, dass Referendarinnen und Referendare eine Zusatzqualifikation an einer durch das Land Bremen zu schaffenden „Bremerhavener Akademie für Inklusion“ erwerben können. Damit gewährleisten wir nicht nur die Qualität der inklusiven Pädagogik, sondern bieten auch Anreize für Referendarinnen und Referendare, an Bremerhavener Schulen zu arbeiten.

Im Zuge der inklusiven Pädagogik wird eine verbesserte Begleitung und unterstützende Beratung seitens der Schulaufsicht erforderlich. Um Barrieren und Ressourcen für Lernen und Partizipation zu identifizieren wird der „Index für Inklusion“ eingesetzt. Schulen und andere Bildungseinrichtungen können daran ablesen, inwieweit sie bereits Kulturen, Strukturen und Praktiken der Inklusion umgesetzt haben. Die Koalition verfolgt damit das Ziel, dass auf Basis inklusiver Werte die gemeinsame Schulentwicklung weiter gefördert wird.

Schülerinnen und Schülern Perspektiven geben

Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler in den Schulen das nötige Rüstzeug für ihren späteren Berufsweg erhalten und auf das lebenslange Lernen vorbereitet werden – egal für welchen Bildungsweg sie sich entscheiden. Hierfür werden wir die Berufsorientierung an den Schulen weiter stärken und bereits stattfindende gute Projekte unterstützen und ausweiten. Schülerinnen und Schüler sollen stärker auf die Möglichkeiten und Chancen einer dualen Ausbildung hingewiesen werden. Wir begrüßen hierbei eine stärkere Zusammenarbeit mit Betrieben und den Kammern des Handwerks und der Industrie.

Wir wollen nicht, dass Bildungsgänge in der Sackgasse enden und Schülerinnen und Schüler das Gymnasium ohne Schulabschluss verlassen. Wir setzen daher auf eine stärkere Beratung der Eltern zum Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I und zu einem späteren Zeitpunkt, um Alternativen aufzuzeigen.

Schule ist mehr als nur Lernen, daher werden wir auf die Umsetzung der Landeszuweisungsrichtlinie für nicht unterrichtendes pädagogisches Personal achten. Die Schulsozialarbeit und die Angebote der ReBUZe werden weiterentwickelt.

Berufliche Bildung

Die Leistungsfähigkeit Beruflicher Schulen ist für die Qualität der Berufsausbildung und die wirtschaftliche Entwicklung von erheblicher Bedeutung. Insbesondere die dynamische Entwicklung der Berufs- und Arbeitswelt durch neue Technologien, Berufe und die Digitalisierung stellt die berufliche Bildung vor besondere Herausforderungen. Wir wollen die berufsbildenden Schulen fortlaufend modernisieren und sie damit in die Lage versetzen sich

weiterzuentwickeln. Daher soll ein mehrjähriger Schulversuch „Berufsbildende Schulen als Kompetenzzentrum“ gestartet werden, der die Profile im Hinblick auf den Fachkräftebedarf in der Region schärfen soll. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der beruflichen Schule für Dienstleistung, Gewerbe und Gestaltung und der Paula-Modersohn-Schule als gelungenes Beispiel der zukunftsorientierten Vernetzung allgemeiner und beruflicher Bildung soll als Pilotprojekt fortgeführt werden.

Berufsfachschulen, die einen höherwertigen allgemeinbildenden Abschluss mit beruflichem Schwerpunkt ermöglichen oder eine berufliche Ausbildung, wollen wir weiterhin anbieten.

Ausstattung und Angebote verbessern

Schulen müssen moderne und attraktive Lernorte sein. Daher werden wir einen Masterplan für die bauliche Erneuerung der Schulstandorte schaffen und die Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln verbessern. Dabei spielt auch insbesondere die Digitalisierung inkl. der Lehrerfortbildung und der pädagogischen Konzepte eine große Rolle.

Wir werden eine Ganztagsschulausbauplanung mit einer Schwerpunktsetzung auf Grundschulen entwickeln, mit der der Grundschulausbau bis 2025 abgeschlossen werden soll. Außerdem werden wir prüfen, wie Frühbetreuungen an den Grundschulstandorten realisiert werden können.

Wirtschaft

Gewerbeflächenausbau

Der Fischereihafen ist mit über 8.000 Arbeitsplätzen das größte und wichtigste Gewerbegebiet in Bremerhaven und verfügt mit der Lebensmittelverarbeitung und der Windenergiewirtschaft über zwei Leitbranchen. Darüber hinaus besteht mit dem AWI, dem Institut für den Schutz maritimer Infrastrukturen des DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V.), den Thünen-Instituten, dem Fraunhofer Institut, der Hochschule Bremerhaven und der Forschungs- und Entwicklungs-Meile (FuE-Meile) ein starkes Cluster im Bereich maritimer Technologien, das mit seinem Transferpotenzial auch große Wirkungen auf die ansässige Industrie entfaltet.

Vor diesem Hintergrund soll der südliche Fischereihafen (Luneplate) zu einem Zentrum für nachhaltige und ökologische Unternehmen entwickelt werden. Im Gewerbegebiet „Lune-Delta“ sind insbesondere Kriterien der Nachhaltigkeit (Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen) und „Cradle to Cradle“ zu berücksichtigen. Neben der Versorgung mit erneuerbaren Energien sind auch soziale Aspekte zu berücksichtigen, wie beispielsweise Kitas für die Kinder der Beschäftigten sowie nachhaltige Mobilitäts- und Logistikkonzepte mit einer Infrastruktur, die auf Verkehrsbündelung und/oder Verkehrsvermeidung ausgerichtet ist.

Auf dem Plangebiet „Lune-Delta“ sollen Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsbetriebe angesiedelt werden. Aufgrund der Standortfaktoren eignet sich das Gebiet besonders für sehr flächenintensive Großansiedlungen. Insgesamt wird das Gebiet zur Ansiedlung von Unternehmen geeignet sein, die

- einen Bezug zum nachhaltigen Wirtschaften haben,
- zukunftssträchtige Produkte oder Dienstleistungen anbieten,
- die lokale Ökonomie stärken,
- offen dafür sind, auch ihre Betriebsstätte hinsichtlich ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte auszurichten,
- ihren Energiebedarf aus regenerativen Energiequellen decken möchten,

- ihre Produktionsabläufe energieeffizient optimieren und nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft arbeiten.

Zur Nutzung und Vermarktung dieses Gewerbegebietes wurden Ansiedlungsflächen geschaffen, Schwerlastkajen im Verbund mit Vorstaufflächen hergerichtet sowie die überregionale verkehrliche Erschließung des Areals einschließlich des geplanten OTB vorgenommen. Diese Maßnahmen sollen bedarfsgerecht weitergeführt werden. Um verstärkt Unternehmen anzusiedeln, die auf eine Wasseranbindung angewiesen sind, ist der Bau der Westkaje entlang des ehemaligen Flugplatzes zügig zu planen und umzusetzen.

Wir werden die Gewerbegebiete in Bremerhaven weiterentwickeln. Im Stadtgebiet werden wir bestehende Gewerbe- und Mischgebiete ausweiten; infrastrukturelle Maßnahmen sowie flankierende Unterstützung durch die BIS werden wir sicherstellen. Darüber hinaus sind, aufgrund eines nahezu ausgeschöpften Potenzials an kleineren Gewerbegrundstücken im zentralen Bereich des Fischereihafens, im südlichen Fischereihafen im Bereich Seewindstraße und Luneort kleinteiligere Areale für allgemeine Gewerbeansiedlungen in Einklang mit den derzeitigen Mietern/Erbpachtnehmern der Wassersportvereine zu erschließen. Auch in den Bereichen ehemalige Carl-Schurz-Kaserne, Carsten-Lücken-Straße und Bohmsiel sind durch kleinteilige Flächenzuschnitte nachfragegerecht Flächenangebote zu schaffen.

Bürokratieabbau

Bürokratieabbau bei Genehmigungsverfahren für Investitionen, aber auch bei Transportgenehmigungen sowie bei Förderungen verstehen wir als eine kontinuierliche Aufgabe. Mit der Inbetriebnahme des Hafentunnels sind die notwendigen Begleitungen überbreiter Frachtverkehre auf den Straßen auf private Anbieter zu übertragen.

Unternehmensakquise

Zur verstärkten Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Bremerhaven und für die Akquisition von Unternehmen wird das Standortmarketingbudget der BIS finanziell ausreichend ausgestattet.

Ausbau Grüner Energie (Wasserstoff, Wind, Sonne) - Green Economy

Umwelttechnologien und -innovationen sind wichtige wirtschaftliche Treiber. Zu den Zukunftsmärkten gehören u. a. umweltfreundliche Energieerzeugung, Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz, nachhaltige Mobilität, nachhaltige Wasserwirtschaft sowie Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Sie haben sich sowohl in Deutschland als auch global zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Für Bremerhaven sehen wir gute Startvoraussetzungen für eine verstärkte Etablierung im Green Economy-Sektor.

Mit dem Ziel, Ansiedlungen und Gründungen zu generieren sowie die arbeitsmarktpolitischen Chancen einer Green Economy wahrzunehmen, soll als Leuchtturmprojekt mit nationaler und internationaler Strahlkraft ein Gründungszentrum Green Economy im Bereich des zukünftigen Gewerbegebietes „Lune Delta“ errichtet werden.

Für den Wirtschaftsstandort Bremerhaven eröffnen sich insbesondere im Wasserstoffbereich neue Wachstumspotenziale. In den sogenannten. „Power-to-X-Technologien“ ergeben sich diese in folgenden Sektoren:

- Forschung und Entwicklung zu Power-to-X (Elektrolyse und Methanisierung) und deren Integration ins Energiesystem als Speicher für Strom aus erneuerbaren Energien,
- Herstellung von Elektrolyseanlagen im Megawatt-Bereich,

- Forschung und Entwicklung zu Brennstoffzellen als Antriebstechnologie in Schiffen,
- Umrüstung von kleineren Schiffen (Feeder-, Binnenschiffe) und Passagierschiffen (Fähren, Kreuzfahrtschiffe), langfristig auch von größeren Schiffen (Container-, RoRo-Schiffe etc.),
- Herstellung von Endanwendungen für die Logistik, wie bspw. Flurförderfahrzeuge (Gabelstapler, Portalhubwagen), Kleintransporter, LKWs und andere Nutzfahrzeuge,
- Speicherung bzw. Einlagerung von Wasserstoff z. B. in der Kaverne „Dedesdorf“ unter der Luneplate (Bremerhaven) sowie Distribution.

Zur Hebung dieser Potenziale bedarf es zunächst des Aufbaus einer geeigneten Versorgungsinfrastruktur, zu der eine passende Nachfrage und Nutzung generiert und weiterentwickelt werden muss. Eine Versorgungsinfrastruktur für Wasserstoffanwendungen im Mobilitätsbereich (Wasserstoff-Tankstellen) wird zwar durch die Bundesregierung über das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) gefördert, verläuft aber noch sehr schleppend. In der Region existieren nur wenige Wasserstofftankstellen. In Bremerhaven soll die erste Wasserstoff-Tankstelle am Autohof Wulsdorf errichtet werden.

Das Gewerbegebiet „Lune Delta“ bietet einen idealen Rahmen, um Forschung und Entwicklung zu Power-to-X zu betreiben. Das für das Gebiet vorgesehene Energiekonzept, das auf erneuerbaren Energieträgern beruht, schafft die Möglichkeit, innovative und prototypische Technologien der Energiegewinnung, -umwandlung und -speicherung sowie Energiesteuerung einzusetzen. Auf diese Weise können Unternehmen diese Technologien erproben und im Sinne eines Reallabors ihre Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeit im Bereich der Energieerzeugung, -umwandlung und -speicherung aufzeigen.

Die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ist beschlossen und findet statt. Gleichzeitig ist klar, dass eine Energiewende nicht ohne Energiespeicher funktionieren kann. Die Speichertechnologien stehen jedoch noch am Anfang der technologischen Entwicklung und Erprobung. Es muss gelingen, dass Anwendungen ermöglicht werden, denn nur wenn es Anwendungen für beispielsweise wasserstoffgetriebene Mobilität zu Lande und zu Wasser gibt, wird sich auch eine Wasserstoffproduktion etablieren können. Diese Anwendungen sind heute im Vergleich zu fossilen Antrieben deutlich teurer. Auf Basis eines von der BIS zu erarbeitenden Förderkonzeptes werden wir Fördermöglichkeiten (EU, Bund, Land) zur Schließung dieser Lücke für Pilotanwendungen prüfen.

Unter Einbeziehung des Fraunhofer IWES und der Hochschule sind die Forschung und Entwicklung zur Wasserstoffherzeugung, -speicherung und -anwendung zu forcieren. Möglichkeiten der Anwendung von Wasserstoff als Energieträger sind bei städtischen Gesellschaften und Betrieben auch als Pilotanwendungen konsequent umzusetzen und zu nutzen.

OTB / Schwerlastkaje an der Wasserkante entwickeln

Mit den Festlegungen zum Kohleausstieg ist die Beendigung des fossilen Zeitalters eingeleitet. Wir sind überzeugt, dass die Energiewende und die Erreichung der Klimaschutzziele nur mit einem Ausbau der Offshore Windenergie gelingen und das Ziel von 65 Prozent Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch 2030 erreicht werden kann. Als Hafen- und Logistikstandort stehen wir zu der Verantwortung, die dafür erforderlichen land- und wasserseitigen Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Wir halten das Konzept eines restriktionsfreien Zugangs zum seeschifftiefen Wasser im Gebiet des südlichen Fischereihafens dafür weiterhin für geeignet. Der Fadenriss beim Ausbau der Offshore-Windenergie hat zu einem Verlust an Arbeitsplätzen und Produktionsunternehmen auch am Standort Bremerhaven geführt. Wir sind überzeugt, dass die Fortschritte bei den Stromgestehungskosten, der Kapazitätsentwicklung der Stromnetze und der technologischen

Entwicklung im Bereich Power-to-X-Technologien in den nächsten Jahren den Weg frei machen werden für ein Wiedererstarken des Offshore-Produktionsstandortes Bremerhaven. Hierfür bietet der südliche Fischereihafen mit Schwerpunkt einer gewerblichen Entwicklung im Bereich der Green Economy und einer künftigen Umschlagsanlage optimale Voraussetzungen, die in dieser Form zu einem Alleinstellungsmerkmal Bremerhavens an der gesamten deutschen Küste führen können.

Wir werden uns beim Land dafür einsetzen, dass die aktuell für die Realisierung des OTB gebildete Rücklage im Sondervermögen Hafen für Wirtschaftsstrukturprojekte in Bremerhaven mit dem Schwerpunkt im Bereich der Energiewende und Green Economy sowie damit im Zusammenhang stehender Infrastrukturen im Bereich Hafen und Logistik und wissenschaftlicher Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Rahmenbedingungen für Lebensmittel- und Fischwirtschaft optimieren

Die weitere Spezialisierung und der Ausbau von Lehreinrichtungen (Hochschule) und Forschungsinstituten für den Bereich der Lebensmittel- und Fischwirtschaft sind zu optimieren. Außerdem soll über Drittmittel ein Food Start Up Hub errichtet werden, in dem insbesondere für Existenzgründerinnen und Existenzgründer aus der Lebensmittelwirtschaft geeignete Räumlichkeiten und Beratung angeboten werden.

Fachkräftesicherung für den Mittelstand

Der Mittelstand ist die Säule der Bremerhavener Wirtschaft. Das Netzwerk Schule, Wirtschaft, Wissenschaft e. V. leistet dabei einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung der hiesigen mittelständischen Wirtschaft einerseits und Orientierung der Schul- und Hochschulabsolventen beim Einstieg in die Berufswelt andererseits. Die bisher seitens der Stadt gewährte Unterstützung ist beizubehalten.

Innenstadt / Einzelhandel

Um zukünftig auch die Wertschöpfung aus dem Kreuzfahrttourismus besser ausschöpfen zu können, werden wir die touristischen Einrichtungen in den Havenwelten und dem Schaufenster Fischereihafen besser und vor allen Dingen transparenter vermarkten. Hierzu zählt auch die Bündelung der unterschiedlich handelnden Akteure aus dem Mediterraneo, dem Columbus Center und dem Verein CitySkipper. Wir wollen ein Innenstadt-Marketing aus einer Hand für den gesamten Bereich.

Bekennnis zum Spitzensport in Bremerhaven

Der Spitzensport gehört zu Bremerhaven. Die Koalition wird sich weiter dafür einsetzen, dass Bremerhaven der Spitzensport erhalten bleibt und wird diesen weiter fördern.

Digitalisierung unterstützen und forcieren / Breitbandausbau

Bremerhaven ist im Privatkundenbereich fast flächendeckend mit schnellem Internet versorgt. Lediglich in punktuellen geografischen Rand- und Alleinlagen besteht eine Unterversorgung. Bei Neuerschließungen ist die Stadt Bremerhaven im Zuge des DigiNetz Gesetzes seit 2016 verpflichtet, Glasfaserinfrastrukturen bereitzustellen, sofern dies kein Netzbetreiber übernimmt.

Im gewerblichen Bereich hat sich ein Netzbetreiber dazu bereit erklärt, eine Versorgungszusicherung vorzulegen, die der Stadt Bremerhaven perspektivisch eine flächendeckende NGA-Versorgung (Next Generation Access) der Gewerbe- und Hafengebiete zusagt. Mit der vorliegenden Versorgungszusicherung wurde eine Verpflichtung des Unternehmens zur Herstellung bzw. dauerhaften Aufrechterhaltung einer beihilfefreien

Breitbandversorgung nach den in dieser Zusicherung vorgesehenen Modalitäten (u. a. Versorgung mit einer Bandbreite von mindestens 500 Mbit/s (symmetrisch) bei Anschlüssen über Richtfunk sowie 1 GBit/s (symmetrisch) bei Anschlüssen über Glasfaser zu handelsüblichen Konditionen für Gewerbetreibende) rechtlich verbindlich eingegangen. Diese Versorgungszusicherung ist den sich ändernden Marktbedingungen und -anforderungen anzupassen und weiterzuentwickeln. Angeregt durch die o. g. Markterkundungs- und Interessenbekundungsverfahren wurden inzwischen durch mehrere Netzbetreiber weitere Glasfaserinfrastrukturen im Stadtgebiet eingerichtet, die den Versorgungsstandard weiter erhöhen.

5G-Modellregion

Die kommende Mobilfunkgeneration (5G) ist als Schlüsseltechnologie ein zentraler Bestandteil der Gigabitnetze der Zukunft. Bremerhaven hat sich zusammen mit der Stadt Bremen sowie den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz mit dem 5G Modellprojekt "A27 Bremen-Niedersachsen" beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur beworben. Mit dem 5G Modellprojekt "A27 Bremen-Niedersachsen" entlang der Autobahn A27 als Hauptverkehrsader vom Bremer Kreuz bis Bremerhaven und entlang der Nordseeküste bis nach Cuxhaven werden die nötigen Voraussetzungen geschaffen, frühzeitig den Einsatz von 5G-Technologien in für die Modellregion wichtigen Anwendungsbereichen Tourismus, Industrie 4.0, Hafenbetrieb und Logistik, autonome Fahrzeuge, Landwirtschaft, Rettungswesen und Smart City zu testen und für die Menschen in der Region bereitzustellen. Sollte das 5G-Modellprojekt gefördert werden, sind die hierdurch entstehenden Impulse projektbegleitend aufzugreifen, weiterzuentwickeln und in der Region und vor allem der Stadt Bremerhaven zügig zu etablieren.

Digitalisierungslotse

Die Unterstützung des insbesondere inhabergeführten Einzelhandels und der Gewerbetreibenden bei der Digitalisierung ist als Aufgabe der Wirtschaftsförderung bei der BIS anzusiedeln. Hierbei sollen die Einzelhändler und Gewerbetreibenden bei allen Belangen der Digitalisierung unterstützt werden.

Wissenschaft

Eine besondere Bedeutung kommt dem Wirtschaftsstandort Bremerhaven durch den Wissenschaftsbereich mit seinen Beschäftigungs- und Wertschöpfungseffekten zu. Die renommierten nationalen und internationalen Einrichtungen wie das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES), das Thünen-Institut für Seefischerei und Fischereiökologie und das DLR-Institut für den Schutz maritimer Infrastrukturen tragen maßgeblich dazu bei, dass sich Bremerhaven als starker Wissenschaftsstandort behauptet. Neben den wissenschaftlichen Institutionen ist die Hochschule Bremerhaven von erheblicher regionalökonomischer Bedeutung für den Standort. Als grundlegende Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit Bremerhavens ist der Wissenschaftsstandort verstärkt weiterzuentwickeln.

Die Koalitionäre werden sich beim Land für eine konsequente Umsetzung des Wissenschaftsplans 2025 einsetzen. Über die beim Referat für Wirtschaft geschaffene Stelle „Wissenschaft/Wissenschaftstransfer“ ist diesbezüglich ein enger Austausch mit der entsprechenden Landesbehörde zu führen.

Von grundlegender Bedeutung ist der zukunftsfähige Ausbau der Hochschule Bremerhaven. Die Koalitionäre fordern deshalb das Land auf, die finanziellen Mittel für den Ausbau der Hochschule Bremerhaven auf 5.000 Studierende bis zum Jahr 2035 und bei den hierfür notwendigen infrastrukturellen und personellen Erweiterungen bereitzustellen. Erforderlich für den Ausbau sind sowohl die Stärkung bestehender als auch die Einrichtung neuer

Studienschwerpunkte. Die Koalitionäre werden sich hierbei für die Entwicklung von Studienangeboten beispielsweise im Bereich des Gesundheitscampus einsetzen. Die Hochschule Bremerhaven ist im Sinne der Vereinbarkeit von Studium und Familie, insbesondere im Hinblick auf Alleinerziehende, familiengerecht weiterzuentwickeln.

Die Attraktivität Bremerhavens als Studienort für Studienanfängerinnen und Studienanfänger ist durch eine verstärkte Beratung bezüglich bezahlbaren Wohnraums und durch den Ausbau von Studierendenwohnheimen zu steigern.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft sind der Austausch und die Vernetzung zwischen Hochschule, Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu sichern und weiter auszubauen.

Für eine stärkere Wahrnehmung der Wissenschaft in Bremerhaven durch die Bürgerinnen und Bürger werden die Hochschule und die wissenschaftlichen Einrichtungen mit der Stadtgesellschaft stärker vernetzt. In der Innenstadt soll hierfür ein Schaufenster für Wissenschaft errichtet werden. Als außerschulischer Lernort ist die Phänomenta Bremerhaven e.V. weiterzuentwickeln.

Tourismus

Der Tourismus hat sich zu einer bedeutenden Säule der Wirtschaftsstrukturpolitik entwickelt. Mit den touristischen Attraktionen in den Havenwelten, dem Schaufenster Fischereihafen und insbesondere auch mit dem Columbus Cruise Center verfügt Bremerhaven über herausragende touristische Leuchttürme. Als Publikumsmagnet lockt die Großveranstaltung SAIL Bremerhaven alle fünf Jahre über eine Million Gäste aus allen Teilen der Welt nach Bremerhaven. Das SeeStadtFest muss weiterentwickelt werden.

Die Koalitionäre haben sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Tagesgäste und Übernachtungen in Bremerhaven in den nächsten vier Jahren nochmals signifikant zu steigern. Dazu ist die Tourismusstrategie 2025 konsequent weiterzuverfolgen und die Zusammenarbeit mit den touristischen Leistungsträgern aus den Branchen weiter auszubauen und zu verstetigen. Wir wollen die Strukturen im Tourismus verbessern, indem wir den Veranstaltungsbereich der Erlebnis Bremerhaven GmbH in die Stadthalle Bremerhaven Veranstaltungs- und Messe GmbH eingliedern. Durch die optimale Nutzung der personellen und infrastrukturellen städtischen Ressourcen lassen sich Synergieeffekte realisieren und ein Veranstaltungsmanagement aus einer Hand durch eine starke Veranstaltungs- und Messegesellschaft mbH sicherstellen.

Die stringente Umsetzung der Tourismusstrategie ist mit der Schaffung eines schlagkräftigen und einheitlichen Marketings zu flankieren. Die Marketingaktivitäten (wie z. B. Tourismus-, Standort-, City-, Kultur- und Bürgermarketing) sind daher unter dem Dach der Stadt enger miteinander zu verzahnen, stetig aufeinander abzustimmen und nach Möglichkeit mit privaten Aktivitäten zu ergänzen. Hierbei kommt insbesondere dem Stadtmarketingbeirat eine beratende und vermittelnde Aufgabe zu. Um die Tourismusförderung zukünftig noch enger zu verzahnen, werden wir überprüfen, ob eine direkte Anbindung des Stadt- und Tourismusmarketings sowie der touristischen Beratung und Services an den Magistrat sinnvoll ist.

Die touristischen Leuchttürme gilt es stetig weiterzuentwickeln. Dabei ist die kontinuierliche Reattraktivierung der touristischen Einrichtungen sicherzustellen. Die Koalitionäre sprechen sich ausdrücklich für die Realisierung des Klimahaus-Ausstellungsbereichs „Extremwetter“ aus und fordern das Land auf, die Mittel dafür bereitzustellen. Das Areal am Alten Hafen mitsamt seinen Museumsschiffen ist gemeinsam mit dem Deutschen Schiffahrtsmuseum attraktiver zu gestalten. Auch das Schaufenster Fischereihafen ist ein bedeutender Bestandteil

des touristischen Angebotes Bremerhavens. Für den weiteren Ausbau des Kreuzfahrttourismus ist das Kreuzfahrtterminal als touristische Infrastruktur baulich weiterzuentwickeln und der Kreuzfahrtstandort Bremerhaven entsprechend zu vermarkten. Alternative Anbindungen zwischen Hauptbahnhof und Kreuzfahrtterminal unter Berücksichtigung klimaneutraler Antriebe sind zu prüfen. Neben dem Besuch von touristischen Einrichtungen ist auch das Shoppen ein Reisemotiv. Zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt wird daher ein Citymanagement bei der BIS installiert.

Zur stärkeren Nutzung der touristischen Potenziale werden die touristischen Attraktionen besser miteinander vernetzt. Dazu wird ein taktiles Besucherwegeleitsystem installiert, das die Wegebeziehungen zwischen Kreuzfahrtterminal, Innenstadt/Havenwelten und dem Schaufenster Fischereihafen verbessert und die Besuchsströme lenkt. Um ein einheitliches Erscheinungsbild zu gewährleisten, soll das Wegeleitsystem in seiner Struktur auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden. Die Koalitionäre werden sich dafür einsetzen, dass die im Rahmen der Landestourismusstrategie angedachte Entwicklung und der Aufbau eines „Digitalen Mobilitäts-, Service-, Besucherinformations- und Leitsystem“ erfolgt.

Bei der Weiterentwicklung des touristischen Angebotes ist die erfolgreiche Zertifizierung Bremerhavens als barrierefreier Tourismusort zu berücksichtigen.

Europaweite und interregionale Zusammenarbeit

Die Zukunftsthemen Urbanisierung, Digitalisierung und Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft, nachhaltige Mobilitätskonzepte, Klimawandel, Umweltschutz und Ressourcenknappheit, Energieeffizienz in Wohngebäuden, altersgerechte Technik und Produkte, neue Formen der Arbeit sowie Kreislaufwirtschaft und ressourceneffiziente und emissionsarme Produktion spielen eine wichtige Rolle für die künftige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit bzw. Attraktivität der Städte. Mit EU-Förderprogrammen wie INTERREG oder HORIZON 2020 unterstützt die EU Städte und Gemeinden dabei, diese Zukunftsthemen in die Städte zu transportieren und somit ihre Chancen im Wettbewerb um Unternehmen, Fachkräfte und Einwohnerinnen und Einwohner zu erhöhen.

Wir werden auf der Basis einer Strategie im Rahmen interregionaler Projekte mit europäischen Partnern zusammenarbeiten und uns vernetzen. Dafür wollen wir gezielt Projektförderungen der EU-Wissenschafts- und Kohäsionsprogramme wie HORIZON 2020, INTERREG oder URBACT beantragen. Wir wollen diese interregionalen Projekte für den europaweiten Erfahrungsaustausch nutzen, um in Bremerhaven langfristig Innovationsimpulse zu setzen und Investitionen anzustoßen.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik

Wir wollen die kommunale Arbeitsmarktstrategie in unserer Stadt fortsetzen. Für eine nachhaltige Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, die viele Menschen in unserer Stadt immer noch besonders betrifft, brauchen wir auch weiterhin passgenaue Programme, um allen Zielgruppen gerecht zu werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Betriebe in den wichtigen Bereichen der Aus- und Weiterbildung als auch in der Qualifizierung unterstützt werden. Das Tariftreue- und Vergabegesetz und die Tarifbindung städtischer Gesellschaften spielen eine wichtige Rolle. Im öffentlichen Dienst und in den Mehrheitsgesellschaften der öffentlichen Hand gilt für uns: Ein Unternehmen – ein Tarif.

Kommunale Arbeitsmarktfördermittel

Wir wollen die kommunalen Arbeitsmarktmittel sichern und, wenn nötig, anpassen. Durch die kommunalen Arbeitsmarktmittel können gemeinsam mit den Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern zielgruppengerechte Programme umgesetzt werden und auch dringend notwendige Ko-Finanzierungen für Drittmittelprojekte (ESF, EFRE, Bundesmittel) gesichert werden. So können die erfolgreichen Förderprogramme zur Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen weiterhin unterstützt werden und notwendige neue Programme zur zielgruppengerechten Förderung von benachteiligten Personengruppen (insbesondere Alleinerziehende und Frauen mit Migrationshintergrund) entwickelt und auf kommunaler Ebene umgesetzt werden.

Mit dem Landesprogramm LAZLO für die öffentlich geförderte Beschäftigung ehemals langzeitarbeitsloser Frauen und Männer wurden beispielsweise in Bremerhaven 200 sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen, die zur zusätzlichen Unterstützung in Schulen, Kindertagesstätten, sozialen und kulturellen Einrichtungen und bei gemeinnützigen Vereinen angesiedelt sind. Zusätzlich wurden und werden auch weiterhin Plätze mit dem Schwerpunkt „Stadtsauberkeit“ im Rahmen des Landesprogramms „Perspektive Arbeit Saubere Stadt“ (PASS) geschaffen. Neben der Teilhabe an Arbeit für die Beschäftigten kommt das Ergebnis der Arbeit der Allgemeinheit zugute. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Bremerhaven an den Landesprogrammen angemessen beteiligt wird und gleichzeitig evaluieren, ob an den bisherigen Einsatzorten die Tätigkeiten verstetigt werden können.

Neben dem Ziel, langzeitarbeitslose Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren, müssen wir individuell darauf Rücksicht nehmen, dass nicht alle Personen eine Chance haben, auf diesem zu bestehen. Deshalb wollen wir mit längerfristiger Förderung von arbeitsvertraglicher Beschäftigung, die nicht zwingend darauf ausgelegt ist, in ungeforderte Beschäftigung einzumünden, besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose fördern. Dabei geht es auch nicht vorrangig um eine Rückkehr in den regulären Arbeitsmarkt, sondern um die Sicherung von Teilhabe.

Wir wollen auch weiterhin die Verbesserung der Chancen von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt unterstützen. Abschlussbezogene Qualifizierung, Unterstützung von Ausbildung und Maßnahmen der Beschäftigungsförderung fördern die Integration in existenzsichernde Arbeit und tariflich abgesicherte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Zukünftig wird der Magistrat in der Trägerversammlung des Jobcenters Bremerhaven darauf hinwirken, dass die zur Verfügung stehenden Mittel des Bundes zielgerichtet und vollumfänglich eingesetzt werden.

Fachkräftesicherung

Wir setzen uns dafür ein, dass die Betriebe in den wichtigen Bereichen der Aus- und Weiterbildung als auch in der Qualifizierung unterstützt werden. Dabei spielen auch Aufstiegsqualifizierungen, wie bspw. die Förderung von Meisterausbildungen, eine wichtige Rolle. Hierbei ist neben den Kammern, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und der Jugendberufsagentur auch die Unterstützung durch die Beschäftigungs-, Bildungs- und Qualifizierungsträger der Stadt geplant. Für eine umfassende und qualitativ hochwertige Unterstützung im Bereich der Ausbildung und Qualifizierung (bspw. im weiter wachsenden Tourismussektor) sollen entsprechende Fördertöpfe aus ESF- und Landesmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen uns auch weiterhin an den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft orientieren und deshalb einen Schwerpunkt der Qualifizierung auf den gewerblich-technischen Bereich und den niedrighschwelligem Helfersektor legen.

Wir beabsichtigen, die Möglichkeiten zur Einführung einer „Meisterprämie“ in der Stadt Bremerhaven zu prüfen.

Verringerung von Jugendarbeitslosigkeit und Förderung von (dualer) Ausbildung

Wir wollen die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufsagentur (JBA) weiter unterstützen und fortsetzen. Die Partner und die Kooperationspartner der JBA eint das gemeinsame Ziel, dass kein junger Mensch auf seinem Weg zur Berufsfindung verloren gehen darf, dafür ist auch ein besseres Matching zwischen offenen Ausbildungsplätzen und jungen Menschen auf Ausbildungssuche zu erreichen. Auch die Kammern sind Partner der Jugendberufsagentur, die intensive Zusammenarbeit mit diesen (auch in Form von gemeinsamen Veranstaltungen, Arbeitsgruppen etc.) muss weiter gefördert werden. Die Ausbildungsquote der Bremerhavener Betriebe muss erhöht werden. Betriebe, die noch nie oder lange nicht mehr ausgebildet haben, müssen dazu befähigt und motiviert werden. Insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Stadt Bremerhaven müssen über entsprechende Förderungen dabei unterstützt werden, wichtige Ausbildungsplätze zu schaffen.

Wir wollen die Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger und Beratungseinrichtungen in unserer Stadt bei der Gestaltung gemeinsamer Projekte, beispielsweise mit den Kammern (Förderketten) zur Erlangung von Berufsabschlüssen, unterstützen.

Durch den Ausbau von Ausbildungsverbänden und Programmen zur Förderung von Ausbildungsplätzen sowie geeigneten Vorbereitungsmaßnahmen für junge Menschen wollen wir die Ausbildungsquote weiter steigern und junge Menschen dazu befähigen, eine Ausbildung erfolgreich zu durchlaufen. Wir setzen uns beim Land für zusätzliche Berufsbildungsmodulare für diejenigen ein, die nicht im ersten Anlauf der Berufsausbildung erfolgreich waren.

Wir brauchen weiterhin in bestimmten Bereichen eine Erhöhung der Ausbildungsplätze beim Magistrat, in Wirtschaftsbetrieben und städtischen Gesellschaften. Außerdem wollen wir die Quote der Teilzeitausbildungen für (Allein-)Erziehende erhöhen.

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und um dem zunehmenden Bedarf nach flexiblen Arbeitszeitmodellen zu entsprechen, muss es vielfältige Arbeitszeitmodelle, beispielsweise auch in Teilzeit, geben. Zudem sollten Unternehmen vermehrt in Bezug auf familien- und lebenslauforientierte Personalpolitik sowie gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt beraten werden und ein Konzept für eine Kinderbetreuung für Teilnehmende von Arbeitsmarktprojekten (v.a. in Bezug auf Projekte für Alleinerziehende) entwickelt werden.

Im Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen haben wir rund 90 Arbeitsverträge entfristet. Zurzeit erhalten neu einzustellende Fachkräfte unbefristete Arbeitsverträge. Diese Praxis, die uns Fachkräfte sichert, wollen wir weiterführen.

Um dem Fachkräftemangel in sozialen Berufen entgegenzuwirken, werden wir Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Tarifvertrag für Azubis des öffentlichen Dienstes (TVAöD) anpassen.

Frauen in Arbeit

Wir werden, um die eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu ermöglichen, weiterhin den Fokus auf spezifische Maßnahmen zur Qualifizierung von Frauen legen, die Möglichkeit der Teilnahme an frauenspezifischen Existenzgründungsprogrammen sicherstellen sowie Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigern (u. a. Teilzeitausbildung,

familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Kinderbetreuung und Beratungsangebote für Betriebe zur Stärkung der Familienfreundlichkeit).

Wir werden mit unseren kommunalen Möglichkeiten Alleinerziehende - unter denen der Frauenanteil weiterhin bei über 90% liegt - durch den Erhalt und Ausbau gezielter Maßnahmen fördern. Durch eine Stärkung der Sozial- und Gesundheitsberufe, in denen bisher vorrangig Frauen tätig sind, v.a. durch die Weiterentwicklung der Aus-, Fort- und Weiterbildungskonzepte an der Hochschule Bremerhaven und durch die Einführung der „Praxisintegrierten Ausbildung“ für pädagogische Fachkräfte wollen wir berufliche Perspektiven für Frauen sicherstellen.

Fortschreibung des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“

Wir wollen das kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ inklusive Festschreibung der dafür notwendigen halben Personalstelle institutionalisieren. Um eine Kontinuität und gute Umsetzung des Programms gewährleisten zu können, brauchen wir eine dauerhafte Stellenbesetzung und Verlässlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger.

Öffentliche Sicherheit

Die eigenständige Ortspolizeibehörde schafft im Zwei-Städte-Staat durch ihre kommunale Einbettung optimale Voraussetzungen, um den besonderen regionalen Herausforderungen in unserer Stadt zu begegnen und den Bürgerinnen und Bürgern objektive sowie subjektive Sicherheit zu bieten. Zukunftsorientiert kann die Polizei Bremerhaven die wachsenden Anforderungen nur bewältigen, wenn die Personalzielzahl auf mindestens 520 erhöht wird. Dies setzt die Sicherstellung verlässlicher und gleichbleibender Einstellungszahlen und Ausbildungskapazitäten voraus.

Sicherheit ist sowohl Lebensqualität als auch Standortfaktor und trägt wesentlich zur Attraktivität der Stadt bei. Daher ist es für uns von besonderer Bedeutung, dass die Polizei vor Ort präsent ist und so für die Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Dafür werden wir das Revier in Leherheide erhalten und mit dem Neubau eines Reviers in Geestemünde die Voraussetzungen für eine angemessene und zeitgemäße Unterbringung der Polizei schaffen. Auch die Kontaktpolizisten leisten einen wichtigen Beitrag zur bürgernahen Präsenz im Stadtteil, ihren Erhalt werden wir sicherstellen.

Um eine moderne und zeitgemäße Polizeiarbeit leisten zu können, werden wir die erforderliche technische Ausstattung (u. a. Tablets und Smartphones) sicherstellen und verbessern. Dazu gehört auch eine der technischen Entwicklung entsprechende Leitstellentechnik für das Lagezentrum. Unter der Voraussetzung einer positiven Bewertung der Probeläufe werden wir für eine flächendeckende Einführung der Einsatzmittel Distanz-Elektroimpulsgerät (Taser) und Bodycam sorgen.

Maßnahmen gegen Clankriminalität werden wir weiter verstärken. Die Vermögensabschöpfung ist hierbei ein wirksames Instrument, dessen Einsatz wir intensivieren wollen.

Seit mehr als 25 Jahren steht der Präventionsrat für die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bremerhavener Bürgerinnen und Bürger. Wir werden die Arbeit des Präventionsrates als Impulsgeber, Anlauf-, Informationssammelstelle und Netzwerk weiterhin unterstützen.

Wir lehnen eine anlasslose Videoüberwachung im öffentlichen Raum ab.

Gewalt gegen unsere Einsatzkräfte, insbesondere der Polizei und der Feuerwehr, verurteilen wir aufs Schärfste. Aggressivem Verhalten gegenüber den Beschäftigten in den Ämtern des

Magistrats und der Justiz werden wir konsequent entgegentreten. Hierfür sollen geeignete Maßnahmen erarbeitet, weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Bürger- und Ordnungsamt

Die Aufgaben und Anforderungen an das Bürger- und Ordnungsamt steigen stetig. Um auch weiterhin einen bestmöglichen und bürgernahen Service anbieten zu können, werden wir die personelle Situation in den Bürgerbüros verbessern. Darüber hinaus werden wir prüfen, ob die Anmietung neuer Räumlichkeiten für das Bürgerbüro Mitte zu einer Entlastung der Beschäftigten und damit zu einem besseren Arbeitsklima führen könnte. Mit den mobilen Angeboten der Bürgerbüros in den Stadtteilen werden wir den bürgernahen Service weiter ausbauen.

Für viele Bürgerinnen und Bürger sind Sicherheit und Sauberkeit eine grundlegende Bedingung, um sich in ihren Stadtteilen wohlfühlen zu können. Um Müllsünder zukünftig stärker in den Fokus zu nehmen und zu sanktionieren, wird der Außendienst des Bürger- und Ordnungsamtes personell verstärkt. Wir werden geeignete Wege, ggf. auch steuernder Art prüfen, um Verunreinigungen im Stadtbild zu vermeiden.

Die Zusammenarbeit zwischen Ortschaftspolizei und Bürger- und Ordnungsamt soll verbessert werden. So sollen u. a. mobile Geschwindigkeitskontrollen am Abend und am Wochenende verstärkt werden. Ziel muss es sein, Ordnungsverstöße zu unterbinden und auf Beschwerden der Bevölkerung adäquat zu reagieren.

Die ämterübergreifende Zusammenarbeit beim Abgleich von Meldedaten und tatsächlichem Aufenthalt, um insbesondere Betrugsfällen vorzubeugen, wird weiter ausgebaut.

Bremerhaven verfügt aktuell über zu wenige Hundefreiflächen. Um den Hundehalterinnen und Hundehaltern weitere Flächen anbieten zu können, werden wir eine weitere eingezäunte Freilauffläche für Hunde zur Verfügung stellen.

Wir werden das Tierheim Bremerhaven bedarfsgerecht finanziell unterstützen.

Feuerwehr

Die Feuerwehr hat neben der Polizei eine tragende Rolle im Bereich der Gefahrenabwehr. Wir sind uns der täglichen Gefahren für die Feuerwehrbeamtinnen und -beamten bewusst und werden daher aufgrund der steigenden Einsatzzahlen und den veränderten Anforderungen die personelle Ausstattung weiterhin ebenso sicherstellen wie die notwendigen Investitionen in die technische Ausstattung.

Der demografische Wandel macht auch vor der Feuerwehr nicht halt, hinzukommen die spezifischen Anforderungen des Feuerwehrdienstes, die dazu führen, dass die Bewerbersituation äußerst angespannt ist. Wir werden uns daher für eine Anpassung der Ausbildungsberufe, -inhalte und -schwerpunkte einsetzen, um den veränderten Anforderungen Rechnung zu tragen

Um die vorgegebene Hilfsfrist auch im Stadtnorden zu erreichen, werden wir eine Feuerwache Nord bauen.

Wir werden auch zukünftig das große ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehren sowie der Kinder- und Jugendfeuerwehren unterstützen. Denn sie sind ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft und leisten einen wichtigen Beitrag bei der Gefahrenabwehr in der Stadt.

Neue und sich verändernde Schadensereignisse - wie extreme Naturereignisse, Terroranschläge oder Cyber-Attacken auf wichtige Kommunikationsinfrastrukturen - sind

Herausforderungen, denen sich die Feuerwehr Bremerhaven zu stellen hat. Wir setzen uns daher für eine Überarbeitung und Anpassung der bestehenden Katastrophenschutzpläne ein.

Wir werden prüfen, wie wir eine unberechtigte Anforderung des Rettungsdienstes künftig sanktionieren können. Dies betrifft insbesondere Notrufe, die über die Nummer 112 eingehen und keine echten Notfälle sind. Die Patientinnen und Patienten nutzen den Rettungsdienst dabei ohne triftigen Grund, um schneller behandelt zu werden oder einfacher in die Klinik zu kommen.

Bau

Für Bremerhaven steht das städtebauliche Leitbild der nachhaltigen Stadtentwicklung der kompakten, verdichteten Stadt in der neuen Legislaturperiode im Mittelpunkt. Dazu gehören sowohl die forcierte Entwicklung von Bauplätzen für Einfamilienhäuser und andere Wohnformen als auch der Ankauf und die Sanierung von Schrott- und Problemimmobilien. Dabei nehmen die Stäwog und die ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sowie die Privaten eine tragende Rolle ein. Dazu gehören auch die Wiederherstellung und Sicherung historischer Bausubstanzen und der Erhalt der städtischen Parkanlagen.

Die in den Stadtteilen vorhandenen Zentren und Subzentren sind zu stärken, aufzuwerten und im Sinne der Stadt der kurzen Wege für Fußgänger und Radfahrer attraktiv zu gestalten. Insgesamt wollen wir das Leitbild einer urbanen Stadtentwicklung verfolgen. Dieses Leitbild bildet die Grundlage eines für die Gesamtstadt aufzustellenden Stadtentwicklungskonzeptes. Ein wichtiges Thema wird dabei sein, die Nord-Süd ausgerichtete Stadt in Ost-West-Richtung zu öffnen, um die Stadt näher „ans Wasser zu rücken“. Das Leitbild der nachhaltigen Stadtentwicklung ist in Anlehnung an das Harburger Konzept aufzustellen, das verschiedene Dialogformate der Bürger- und Akteursbeteiligung ergebnisoffen einbezieht, wozu u. a. Zukunftswerkstätten gehören. Die bereits in den Quartieren „Rudloffstraße“ und „Werftquartier“ begonnenen Verfahren werden fortgesetzt ebenso wie die neue Wulsdorfer Mitte, die mit einer verkehrlichen Anbindung für Kraftfahrzeuge an den Fischereihafen hergestellt werden soll. Im Zusammenhang mit der Entwicklung des „Werftquartiers“ soll geprüft werden, ob Wohnen auf dem Wasser möglich ist.

Aufgrund der Bedeutung der Quartiersmeistereien bzw. des Stadtteilmanagements für die Quartiers-/Stadtteilentwicklung wollen wir in allen Stadtteilen Quartiersmeistereien bzw. Stadtteilmanager einrichten.

Die Entwicklung der nördlichen Innenstadt ist ein zentrales Thema der kommenden Legislaturperiode. Aus diesem Grund ist kurzfristig eine städtebauliche Rahmenplanung insbesondere für das Eulenhofgrundstück, das bebaut werden kann, zu entwickeln. Das ehemalige Finanzamt und der Parkplatz Schifferstraße, sollen als Eingänge zur Innenstadt frei bleiben. Hierbei sind zukunftsfähige planerische Entwicklungen der Columbusstraße und der Querverbindungen zwischen den Havenwelten und der Oberen und Unteren Bürger zu berücksichtigen.

Des Weiteren sollen der Neubau und die Sanierung von Kitas, Schulen und Sporthallen vorangetrieben werden. Die Sanierung der Schultoiletten soll bis spätestens 2021 abgeschlossen sein. Die Sanierung der Grundschulen wird bis spätestens 2025 abgeschlossen.

Die Beleuchtung des öffentlichen Raumes in den Stadtteilen wollen wir mit dem Ziel überprüfen, ob durch Austausch eine bessere Ausleuchtung erreicht werden kann. In den Stadtteilen werden wir zusätzliche Bänke als Ruhemöglichkeit aufstellen.

Lärmschutz

Das kommunale Finanzierungsprogramm zum Lückenschluss im Lärmschutz an der die Stadt querenden Eisenbahnstrecke werden wir weiter fortführen und dafür sorgen, dass in Verhandlungen mit der Bahn bis 2021 endlich die Umsetzung erfolgt. Weiterhin setzen wir uns auch für den Ausbau von Lärmschutz entlang der Autobahn ein.

Verkehr

Innerörtlicher Verkehr

Bremerhaven hat sich in den vergangenen Jahren dynamisch verändert und weiterentwickelt. Die Stadt benötigt ein Verkehrssystem, das den speziellen Anforderungen an die Erreichbarkeit der Häfen und der notwendigen Infrastruktur für kleine und mittelständische Unternehmen gerecht wird. Darüber hinaus muss das Verkehrssystem die Anforderungen an die Mobilität als Daseinsvorsorge für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie die Aspekte der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes berücksichtigen.

Die besondere Herausforderung liegt darin, eine gleichberechtigte Teilnahme aller am Verkehr herzustellen, den Verkehr so effizient, sicher, stadt- und umweltverträglich wie möglich zu gestalten, um dadurch insgesamt ein dauerhaftes Höchstmaß an Wohn-, Lebens- und Aufenthaltsqualität zu erreichen und die Seestadt Bremerhaven zukunftsfähig zu gestalten. Ziel ist es, ein für alle Verkehrsarten optimiertes Verkehrsnetz zu entwickeln, das die Erreichbarkeit der Häfen, der Innenstadt und die Aufenthaltsqualitäten miteinander in Einklang bringt und zur nachhaltigen Attraktivierung der Stadt beiträgt.

So bietet die Verknüpfung von Havenwelten und Innenstadt die einmalige Chance zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Freiraums für Fußgänger und Radfahrer, als Ort zum Aufenthalt, für Kultur, Freizeit, Gastronomie und sportliche Aktivitäten unter Betonung seiner besonderen Lagequalität am Wasser. Zusammen mit dem in Bearbeitung befindlichen touristischen Wegeleit- und Informationssystem kann die bislang schwierige Orientierung behoben und die Wegeführung in die Innenstadt deutlich verbessert werden.

Diese Ziele müssen durch einen Verkehrsentwicklungsplan in Strategien, Programme und Projekte übersetzt werden. Die verkehrspolitischen Planungsziele orientieren sich dabei an der städtischen Beschlussfassung. Über die BIS soll in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt ein gesamtstädtischer Verkehrsentwicklungsplan in Auftrag gegeben werden. Hierfür sind insbesondere folgende Maßnahmen in der weiteren Bearbeitung einzubeziehen:

- Die Installation eines modernen Verkehrsleitsystems ist anzustreben (vgl. Darmstädter Modell).
- Der ÖPNV soll durch den Ausbau des Liniennetzes und einer besseren Taktung gestärkt werden. Außerdem sollen 2020 mindestens drei Wasserstoffbusse angeschafft und eingesetzt werden.
- Die Einführung eines kostenlosen Schülertickets soll analog dem Verfahren in Bremen geprüft werden.
- Die Bewertung des Vergleichs von Straßenbahn und Busverkehr ist mittels eines standardisierten Verfahrens zu untersuchen.
- Die Wiedereröffnung des Bahnhofs Speckenbüttel ist zu prüfen.
- Die Fahrradinfrastruktur ist durch Planung und Bau einer durchgehenden separaten Nord-Süd-Trasse zu verbessern. Den Startpunkt setzt der Bau der Fahrradtrasse im Bereich Wulsdorf/Fischereihafen ab dem Jahr 2020.

- Die Nutzung der Fußgängerzone durch Fahrradverkehr soll auf den Zeitraum von 20.00 Uhr bis 10.00 Uhr ausgeweitet werden.
- Der Elbinger Platz und die Columbusstraße (einschließlich Kennedybrücke) sollen eine eigene Fahrradtrasse erhalten.
- Mit der Fertigstellung des Hafentunnels sollen die Hafenverkehre entsprechend gebündelt werden, dabei ist auch eine mögliche Schließung der südlichen Zolleinfahrt für den Schwerlastverkehr zu erwägen.
- Die leistungsfähigen Nord-Süd-Achsen (Georgstraße/Elbinger Platz/Columbusstraße und Elbe-, Stresemann- und Langener Landstraße) sind vierspurig zu erhalten.
- Die Entwicklung eines E-/Wasserstofftankstellenkonzeptes für die Gesamtstadt ist vorgesehen.
- Der stadtweite Ausbau von Car- und Bikesharing und weiteren Sharing-Angeboten mit Verknüpfung zu anderen Verkehrsträgern soll intensiviert werden.
- Es soll ein Anreizsystem für klimaneutrale Antriebsarten durch bspw. kostenlose Nutzung von Parkflächen geschaffen werden.
- Grüne Pfeile sollen flächendeckend etabliert werden (beginnend mit der Zufahrt zur Stadthalle).

Für uns genießt die Infrastruktur der Verkehrsnetze in unserer Stadt einen hohen Stellenwert. Daher werden wir die Straßen umfassend auf zukünftige Verkehrsanforderungen und die Erfordernisse der Wirtschaftsverkehre ausrichten. Neben der Erarbeitung eines stadtweiten Sanierungsprogramms von Straßen soll das Straßensanierungskataster fortgesetzt werden. Bei Straßensanierungen und Straßenneubauten sind die Bordsteinkanten an Überwegen grundsätzlich barrierefrei zu errichten.

Immer mehr Menschen geben dem Fahrrad Vorrang bei Fahrten auf kurzen und mittleren Strecken in unserer Stadt. Wir wollen das Radfahren in unserer Stadt noch attraktiver gestalten. Dazu wollen wir ein Programm zur Sanierung der Radwege bis auf die Ebene der Stadtteile entwickeln. Wir werden eine Prioritätenliste für den Bau neuer Radwege und eine Liste für die Ausweisung von farblich markierten Fahrradwegen erstellen. Das Budget zum Ausbau von Fahrradwegen soll auf sechs Euro pro Jahr und Einwohner erhöht werden.

Wir wollen die Infrastruktur unserer Stadt den demografischen Anforderungen anpassen. Entsprechend sind alle noch nicht barrierefrei ausgerichteten ÖPNV-Haltestellen in dieser Hinsicht nachzurüsten und neue Haltestellen grundsätzlich barrierefrei zu bauen. Bei Umbau und Sanierungen von Bushaltestellen wird auf sog. Haltestellenkaps verzichtet. Der aktuelle Ist-Stand wird beibehalten.

Überörtlicher Verkehr

Bremerhaven ist als bedeutende Hafenstadt mit internationaler Bedeutung nur dann lebensfähig, wenn die zu- und abgehenden Verkehre sicher und umweltverträglich abgewickelt werden können.

Dazu sind u.a. folgende Maßnahmen umzusetzen bzw. weiter voranzutreiben:

- Sicherung und Verbesserung (Taktverdichtung) der Einbindung Bremerhavens in das nationale (ICE-Anschluss) und europäische Schienenverkehrsnetz (Personen- und Güterverkehr)
- Zügige Umsetzung der Umbau- und Ausbaumaßnahmen mit städtischem Bezug im Bereich der BAB (A 20, Moorbrücke)

Umwelt / Verkehr

Im Vordergrund steht der Einklang aller Mobilitätsmöglichkeiten. Dementsprechend wollen wir eine Energiewende in unserer Stadt umsetzen mit dem Schwerpunkt auf Brennstoffzelle und Wasserstoff.

Wir werden einen Stufenplan entwickeln, wie die Fahrzeuge unserer Stadtverwaltung bei notwendigen Neuanschaffungen und Umrüstungen auf klimaneutrale Antriebe umgestellt werden können, das gilt auch für geleaste Fahrzeuge. Bis 2029 wollen wir alle Fahrzeuge auf klimaneutralen Antrieb umgestellt haben.

Umwelt- und Klimaschutz

Die Koalition sieht sich einer generationengerechten Politik verpflichtet. Dazu gehört unzweifelhaft, Umwelt und Natur vor irreversiblen Schäden zu bewahren. Zur Vermeidung von klimabedingten Negativfolgen für Mensch, Tier und Vegetation sind weitere lokale Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen. Wir werden auch in Zukunft die bisherige städtische Klimapolitik weiterentwickeln und ganz besonderen Wert auf die Umsetzung umfassender Maßnahmen zur Verbesserung von Umwelt und Klimaschutz in Bremerhaven legen.

Naturschutz

Wir werden die Umsetzung von Naturschutzprojekten im Fehrmoor als letztem Hochmoor im Land Bremen weiter vorantreiben. Es ist ein einzigartiger Landschaftsraum. Unser Ziel ist einerseits der Schutz der wertvollen Bereiche des Fehrmoores als Habitat seltener Tiere und Pflanzen. Andererseits ist es uns wichtig, diesen besonderen Lebensraum der Öffentlichkeit für die Naherholung und Wissensvermittlung zugänglich zu machen. Um den Lebensraum Moor mit seiner spezialisierten Pflanzen- und Tierwelt begehbar zu machen, wird ein barrierefreier Moorerlebnispfad errichtet.

Wir werden das bisherige Landschaftsschutzgebiet „Rohniederung“ in ein Naturschutzgebiet umwandeln.

Neue Aue

Im Entwicklungsgebiet Neue Aue werden wir eine Fläche für einen zweiten Bürgerhain vorsehen. Zweck dieser Fläche ist es, dass Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt und Menschen mit einem Bezug zu Bremerhaven Bäume aus privaten Anlässen pflanzen können. Das Pflanzen von Bäumen aus persönlichen Anlässen wirkt identitätsstiftend und dient dem Wohle der Allgemeinheit. Darüber hinaus ist es ein Beitrag zur ökologischen Bereicherung der Stadt und leistet einen wachsenden Beitrag zur CO₂-Kompensation. Weiterhin wollen wir für verlassene Parzellengrundstücke Konzepte entwickeln. Ziel dieser Konzepte muss sein, auf diesen vielen unansehnlichen Flächen einen besseren Übergang von freier Natur in die Stadt zu realisieren und diese als Ausgleichsflächen zu nutzen. Wir wollen gemeinsam mit dem Land Flächen und Gewässer renaturieren.

Die Gesamtfläche der Neuen Aue zeichnet sich durch unterschiedliche ökologische Qualitätsstufen aus. Das wollen wir nutzen, um Kindern und Jugendlichen aus dem Stadtteil Lehe und angrenzenden Stadtteilen die Natur als Erfahrungsraum erlebbar zu machen: Für ein qualifiziertes Angebot wünschen wir uns die Zusammenarbeit mit Fachleuten unterschiedlichster Ausrichtungen.

Wir werden die bereits eingeleitete und von uns unterstützte Bürgerbeteiligung und deren Ergebnisse bei der Weiterentwicklung der Neuen Aue berücksichtigen.

Wassermanagement und Wassergüte

Wir wollen bevorzugt Maßnahmen priorisieren, die ein automatisiertes Wassermanagement und eine Verbesserung der Gewässergüte in den Gräben sowie eine standortangepasste Nutzung vorsehen. Dazu wollen wir im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen die Spadener Marktfließ naturnäher umgestalten und den Geeste-Nebenarm „Ackmann“ wie früher wieder östlich des Gebietes Ackmann an die Geeste anbinden.

Park- und Kleingartenanlagen und Grünfläche Zolli

Die grünen und großzügigen Park- und Kleingartenanlagen sowie freie grüne Flächen (beispielsweise der Zollinlandplatz in Lehe) sind für uns in ihrer Qualität und Quantität für den so wichtigen kleinteiligen Klimaschutz in unserer Stadt unbedingt zu erhalten und zu Ruhe- und Erholungszonen weiterzuentwickeln.

Deponie Grauer Wall

Wir werden ein Konzept entwickeln lassen, wie und unter welchen Bedingungen und mit welchen Kostenfolgen für die Stadt Bremerhaven (bspw. Regressansprüche), die Bürgerinnen und Bürger (bspw. durch dann möglicherweise steigende Müllgebühren) und die lokale Wirtschaft (bspw. durch die sog. Entsorgungs- und Verwertungsnachweise zur rechtlich geforderten Verbringung ihrer Abfälle) mittelfristig bis spätestens 2030 die Deponie für neue Abfälle geschlossen werden kann. Da der Betreiber über eine rechtsgültige Genehmigung verfügt, muss er in entsprechende – freiwillige – Lösungen eingebunden werden.

Das Staubmessprogramm in der Umgebung der Deponie Grauer Wall wird fortgesetzt.

Der Deponiebeirat ist weiterhin eine wichtige Einrichtung, um einen fach- und sachgerechten Dialog zu ermöglichen. Dieses ist aber nur erreichbar, wenn er öffentlich tagt. Zukünftige Sitzungen des Beirates sind deshalb grundsätzlich öffentlich. Weiterhin gehören mindestens fünf Vertreterinnen und Vertreter aus der Stadtverordnetenversammlung dem Beirat an.

Bunte Vielfalt Stadtgrün

Die Städte haben sich einer kompletten Veränderung des Stadtgrüns unterzogen. Nicht mehr der kurze Rasen, sondern Blühstreifen und -flächen bieten vielen Insekten und anderen Lebewesen einen Lebensraum, der oftmals im Umland nicht mehr vorzufinden ist. Dieses wollen wir noch weiter fördern:

- Vermehrte Schaffung von weiteren Blühstreifen und -zonen.
- Wir wollen im Stadtgebiet für heimische Imker Stellplätze für Bienenkörbe zur Verfügung stellen und wünschen uns, dass dort, wo dies möglich ist und durch fachliche Anleitung gewährleistet werden kann, interessierte Bremerhavenerinnen und Bremerhavener an die Imkerei herangeführt werden.

LED / Fernwärme / Photovoltaik

Wir werden die Umstellung auf energiesparende LED-Technik und Photovoltaik in allen öffentlichen Bereichen weiter forcieren. Wir wollen umfassende Anreize zur Nutzung erneuerbarer Energien im Stadtraum schaffen, dazu gehören auch Anreize zur Nutzung von Fernwärme.

Klimaschutz in den Stadtvierteln

Zur weiteren Verbesserung des Klimaschutzes in Bremerhaven, wollen wir mit Drittmitteln für die „Alte Bürger“ integrativ ein energetisches Quartierskonzept mit dem Schwerpunkt Sanierung erarbeiten, um den Straßenzug „Alte Bürger“ langfristig in ein nachhaltig energetisch versorgtes und bewirtschaftetes Stadtteilzentrum („Klimameile Alte Bürger“) zu wandeln.

Der Primärenergiebedarf und die CO₂-Emissionen sollen durch aktive Einbindung der Anwohnerinnen und Anwohner sowie Eigentümerinnen und Eigentümer mittels der gemeinsamen Entwicklung innovativer und effizienter Versorgungssysteme erheblich reduziert werden. Wir streben eine Förderung von energetischen Sanierungskonzepten für die Stadtviertel an. Im Rahmen der Klimaanpassungsstrategie soll eine stadtgebietsweite Bewertung von Überflutungsgefährdungen in Bremerhaven erfolgen. Wir wollen Leitlinien zur Berücksichtigung der Klimaanpassung in formellen und informellen Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickeln.

Grundwasseranstieg Wulsdorf

Wir werden den eingeschlagenen Weg zur Senkung des Grundwasserstandes in Wulsdorf weitergehen. Hierzu sind technische Maßnahmen getroffen worden, um zu prüfen, wie der Wasserstand unter der Kellersohle zu halten ist. Sobald die Ergebnisse vorliegen, sind entsprechende Beschlüsse zu fassen, damit die Finanzierung für eine langfristige Sicherung für die betroffene Bevölkerung erfolgen kann.

Nachhaltigkeit in der Abfallwirtschaft

Wir werden einen Teil der jährlichen Finanzausschüttung aus der Beteiligung der Stadt Bremerhaven an der BEG dafür nutzen, um die Nachhaltigkeit in Bremerhaven zukunftsorientiert auszurichten und neue Konzepte zu entwickeln. Dazu werden wir uns auch von Abfallwirtschaftskonzepten anderer Städte leiten lassen, um dadurch kompatible Maßnahmen für die Anforderungen der Stadt Bremerhaven aufzunehmen und/oder anzupassen.

Für Bremerhaven gilt das novellierte Abfallrecht der Kreislaufwirtschaft mit seinen fünf Grundsätzen:

- Vermeidung
- Vorbereitung zur Wiederverwendung
- Recycling
- sonstige Verwertung
- Beseitigung

Herumfliegende gelbe Säcke verschandeln die Stadt. Das muss deutlich reduziert werden. Wir werden mit der BEG am Beispiel der Hafestraße alternative Aufbewahrungsmöglichkeiten für den Inhalt der gelben Säcke schaffen.

Die EBB werden aufgefordert, in Gesprächen mit Einzelhändlern dafür Sorge zu tragen, dass im Umfeld des Einzelhandels Altglasbehälter aufgebaut werden.

Soziales (Kinder, Familie und Frauen)

Stadtentwicklung ist immer auch Stadtteilstärkung. Deshalb wollen wir bei der Entwicklung neuer Quartiere die soziale Infrastruktur, unter Einbeziehung der privaten Investoren, von

Beginn an mit planen. Unser Ziel bleibt, die Stadtteile und Quartiere zu stärken. Wir wollen eine frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung umsetzen. Bei der Entwicklung von neuen Wohnquartieren für junge Familien sollen Neubauten von Kindertagesstätten wohnortnah entstehen, um die Familien unter anderem in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Wir werden einen Masterplan zur Sanierung bestehender Kindertagesstätten erarbeiten, um eine Sanierungsabfolge zu ermitteln und sie zukunftsgerecht entsprechend den Anforderungen der Kinder und Erzieherinnen und Erzieher anzupassen.

Wir sind in Bremerhaven stolz auf unsere Vielfaltigkeit und Weltoffenheit. Bremerhaven will allen Bürgerinnen und Bürgern eine lebens- und liebenswerte Stadt sein, die sich ihre Vielfaltigkeit bewahrt und positiv nutzt. Wir schreiben dazu das Bremerhavener Integrationskonzept fort. Wir werden die Steuerungsstruktur der Integrationspolitik des Magistrats weiterentwickeln und die Zusammenarbeit mit integrationspolitischen Gremien wie dem Fachbeirat „Migration und Chancengleichheit“ und dem Rat ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger (RaM) sowie den Organisationen der Migrantinnen und Migranten verbessern und überprüfen. Wir verstärken die Bemühungen zur Bekämpfung von Ausbeutungsstrukturen im Zusammenhang mit Zuwanderung aus der südöstlichen EU.

Frühkindliche Bildung

Bildung ist einer der Schlüssel zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben, zu Teilhabe an der Gesellschaft, zu guter Arbeit und zur Bekämpfung von Armut. Wir wollen die Qualität in der frühkindlichen Bildung weiterentwickeln.

Wir werden die Arbeit der Familienzentren verstetigen, evaluieren und dann ggf. dort weiter ausbauen, wo viele Familien mit jungen Kindern wohnen und bisher wenig soziale Infrastruktur vorhanden ist. Die präventiven Angebote der Jugendhilfe werden wir weiterhin zur Verfügung stellen und unter Beteiligung der freien Träger systematisch evaluieren. Die Ergebnisse fließen in die Fortschreibung der Jugendhilfeplanung ein.

Die Kindertagesstätten in Bremerhaven stellen sich dem verstärkten Erziehungs- und Bildungsanspruch, und wir werden sie weiter ausbauen, insbesondere die Ganztagsbetreuung. Wir werden die Betreuungszeiten flexibler gestalten, um damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stetig zu verbessern. Mit Hilfe eines Modellprojekts zur Ausweitung der Randzeitenbetreuung und der Ausweitung der maximalen Betreuungszeit von unter Dreijährigen wollen wir den Bedarf besser abdecken und somit die Vereinbarkeit von Vollzeiterwerbstätigkeit und Familienplanung stärken, insbesondere für Alleinerziehende. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren, werden wir diese Angebote weiter bedarfsgerecht ausbauen und streben eine Betreuungsquote von 48 % für unter 3-jährige Kinder an.

Die Verlagerung der Hortbetreuung an die Grundschulen wird fortgesetzt. Freiwerdende Räumlichkeiten werden wir für den Kita-Ausbau nutzen. Unter Berücksichtigung der bundesweiten Regelungen werden wir die weitere Ausgestaltung der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern in Bremerhaven vornehmen. Hierzu gehören unter anderem die Entwicklung von Rahmenbedingungen für Ganztageschulen und/oder Hortangebote sowie die Frage der Standorte.

Die Finanzierungsstruktur von freien Trägern von Kindertageseinrichtungen wollen wir weiterentwickeln, dabei bleibt die Steuerung in kommunaler Verantwortung.

Allein im städtischen Bereich sind in den letzten 5 Jahren 140 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Weitere werden zur Erfüllung der Aufträge notwendig sein, daher werden wir eine Kampagne zur Gewinnung von weiteren Fachkräften starten.

Im Bereich der Betreuungsangebote für Kinder ab drei Jahren wollen wir den Personalschlüssel weiter verbessern und notwendige Anpassungen für Kindertagesstätten in belasteten Sozialräumen vornehmen.

Wir unterstützen die Pläne zur Schaffung eines Landesgesetzes zur Qualitätsentwicklung und Finanzierung von Kitas. Damit würde das Land endlich seiner Verantwortung für die Mitfinanzierung von Kita-Plätzen gerecht. Damit werden wir auch die zentrale Forderung aus den Einrichtungen und der Elternschaft nach einer dauerhaften Anwesenheit von zwei Erzieherinnen und Erzieher in der Gruppe, zuzüglich Verfügungszeiten, umsetzen. Im Bereich der Kinder unter drei Jahren gibt es in Bremerhaven einen sehr guten Betreuungsschlüssel. Eine Fachkraft erzieht, bildet und betreut rechnerisch 3,3 Kinder. Daran wollen wir auch zukünftig festhalten.

Wir wollen dafür sorgen, dass zur Deckung und Sicherung des zusätzlichen Bedarfs genügend gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte für Kindertagesstätten zur Verfügung stehen. Dazu werden wir uns auf Landesebene für eine einheitliche Regelung zur praxisintegrierten Ausbildung einsetzen, die eine Ausbildungsvergütung zum Inhalt hat. Das bestehende Stipendiaten-Modell werden wir weiterentwickeln. Zur Unterstützung der Integration von zugewanderten und geflüchteten Familien in Bremerhaven werden wir den Einsatz von Sprachmittlern für Gespräche in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe prüfen. Wir werden die verpflichtenden Sprachtests und die alltagsintegrierte Sprachförderung in den Kindertagesstätten evaluieren und zielgerichteter gestalten. Die Sprachförderung muss gewährleisten, dass Chancengleichheit bei Schulbeginn erreicht wird. Die Digitalisierung und Online-Anmeldung für Kindertagesbetreuung sind als zeitgemäßes Verfahren zu nutzen. Dafür werden wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Perspektiven für Familien und junge Menschen entwickeln

Wir wollen Familien und jungen Menschen eine Perspektive für ein gutes Leben in Bremerhaven bieten. Wir wollen der Kinderarmut entgegenwirken und gerechte Teilhabechancen für alle Kinder ermöglichen. Wir werden die begonnene Bürgernähe im Sozialen Dienst und die Umsteuerung der ambulanten Hilfen zur Erziehung fortsetzen, begleiten und auswerten. Für die bestehenden Stellen der Jugendbildungsreferentinnen und Jugendbildungsreferenten werden wir die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Wir werden die Arbeit der eingesetzten Streetworker, insbesondere für sozial benachteiligte Ortsteile und unter Beteiligung von Jugendlichen und dort tätigen Akteuren, überprüfen. Die Planung für ein Modellprojekt „Jugendtreff Geestemünde“ von Jugendlichen für Jugendliche werden wir unterstützen.

Die Kriminalität von Jugendbanden, wie in Teilen Leherheides, ist für uns nicht akzeptabel. Wir wollen und werden kriminellen Jugendlichen entschieden entgegenzutreten. Dabei unterstützen wir ausdrücklich die Arbeit der Polizei, diesen Täterinnen und Tätern Einhalt zu gebieten. Um Maßnahmen zu entwickeln, wie Jugendliche möglichst von der Begehung von Straftaten abgehalten werden können, werden wir kurzfristig das Amt für Jugend, Familie und Frauen gemeinsam mit dem Schulamt beauftragen, eine Konzeption zu erarbeiten. Insbesondere der Einsatz der Streetworker ist dabei konzeptionell zu überarbeiten. Die Arbeitszeit muss an die Anforderungen vor Ort angepasst werden. Die Konzeption ist umfassend mit der Polizei und der Justiz abzustimmen. Hierbei ist auch die Herausnahme von Jugendlichen aus der Szene mit geeigneten Maßnahmen zu prüfen.

Wir wollen die bestehenden Konzepte der Jugendbeteiligung aufeinander abstimmen, auf Synergieeffekte überprüfen und deren Weiterentwicklung unter breiter Beteiligung in den Fachausschüssen beraten. Wir werden die Einrichtung eines „Haus des Jugendrechts“ prüfen, in dem straffälligen Jugendlichen zeitnah die Konsequenzen ihres Handelns aufgezeigt werden.

Wir wollen, dass die bestehenden, klaren Richtlinien zum Kinderschutz konsequent umgesetzt werden, um Kindeswohlgefährdungen vorzubeugen und in akuten Gefährdungslagen schnell Handlungsspielräume zu ermöglichen. Wir werden zusammen mit der Verwaltung und dem Kinderschutzbund dafür geeignete Maßnahmen entwickeln und somit die Qualität des Kinderschutzes weiter erhöhen.

Wir wollen Frauen stärken

Wir werden den Fokus auf ganzheitliche, sozialraumorientierte und gendergerechte Beratungsangebote richten. In diesem Sinn ist neben dem Erhalt bestehender Unterstützungssysteme die qualitative Weiterentwicklung des Hilfesystems, u.a. durch geschlechterspezifische Fort- und Qualifizierungsangebote von Fachkräften im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, zu gewährleisten. Im Bereich der Familien- und Frauenberatung ist eine Überprüfung der Finanzierung einzuleiten. Um den Bürgerinnen und Bürgern die vielfältigen Beratungsangebote näherzubringen, ist die Onlinepräsenz von Hilfs- und Beratungsangeboten zu verbessern.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Zweigstelle der ZGF in Bremerhaven erhalten bleibt.

Menschen mit Behinderung

Wir werden den Teilhabeplan „Eine Stadt für alle“, einstimmig beschlossen durch die Stadtverordnetenversammlung, der sich an Menschen mit Behinderung richtet, weiter fortschreiben. Ziel ist es, alle zwei Jahre in der Stadtverordnetenversammlung über den aktuellen Stand und Weiterentwicklungsmaßnahmen zu diskutieren und weitere Beschlüsse zu fassen. Hieran werden wir den Inklusionsbeirat Bremerhaven (IBB) sowie die Vertretung behinderter Menschen beteiligen.

Wir werden uns, ausgehend von dem neuen Bundesteilhabegesetz, für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserer Stadt einsetzen. Das impliziert ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben. Der Eingliederung von Menschen mit Behinderung messen wir einen hohen Stellenwert bei. Umsetzen werden wir eine Eingliederung behinderter Menschen mit den Trägern der Werkstätten und vergleichbarer Akteure in den ersten Arbeitsmarkt.

Wir werden den Spielplatz im Bereich der Havenwelten barrierefreie und behindertengerecht ausbauen.

Wir werden verstärkt Sportvereine im Rahmen des Projekts Inklusion im Sport (InSpo) dazu motivieren, inklusive Sportangebote zu entwickeln. Dabei halten wir auch an dem erfolgreichen Behindertensportfest fest.

Seniorinnen und Senioren

Wir werden auf die Herausforderungen des demographischen Wandels Antworten finden. Dazu gehört für uns, dass Seniorinnen und Senioren in ihrer vertrauten Umgebung ein würdevolles Leben weiterführen können. Damit verbunden ist auch das Wohnen, welches barrierefreie Angebote benötigt, aber auch das Angebot niedrigschwelliger Wegbegleitung (Einkauf, Arzt- und Behördenbesuche, Freizeitbegleitung). Das barrierefreie Wohnen werden wir auch in wachsenden Stadtteilen, wie z. B. in Leherheide, ermöglichen.

Darüber hinaus möchten wir, dass die Gesellschaft von der fortgeschrittenen Lebenserfahrung einiger durch einen Austausch verschiedener Altersgruppen profitiert. Eine ungehinderte Teilhabe, auch in Bezug auf Mobilität, Nutzung kommunaler Einrichtungen und die Wahrnehmung von weiteren Angeboten, werden wir unterstützen. Insbesondere die Angebote in den städtischen Seniorentreffpunkten sowie solche zum Umgang mit digitalen Medien sind

stets zu erweitern. Die angebotenen Maßnahmen werden wir mit dem Seniorenbeirat der Stadt abstimmen. Dabei lassen wir keinen Menschen mit (dementiellen) Erkrankungen außen vor.

Gesundheit

Krankenhäuser

Die Koalition will die vielfältigen Potenziale der beiden Bremerhavener Krankenhausträger nutzen, um auch in Zukunft eine bedarfsgerechte, leistungsfähige, wirtschaftliche und qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung für die Bremerhavener Bevölkerung sicherzustellen. Um diesem Ziel gerecht zu werden, bedarf es einer ausgewogenen Fort- und Weiterentwicklung der Strukturen. Um eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Versorgung dauerhaft sicherzustellen, müssen Verbesserungspotenziale genutzt und Strukturen zukunftsfähig gestaltet werden.

Wir wollen das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide als Krankenhaus der Maximalversorgung in kommunaler Trägerschaft erhalten und dessen Zukunftsfähigkeit stärken. Wir wollen das Klinikum um eine Kinderklinik (Pädiatrie) erweitern und damit gemeinsam mit der Neonatologie und der Geburtshilfe ein Eltern-Kind-Zentrum schaffen. Die Investitionen gerade in die bauliche und medizintechnische Infrastruktur sind die Grundvoraussetzung dafür. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiter fortführen.

Gesundheitskompetenzzentrum

Im Gesundheitswesen hängt eine gute Versorgungsqualität zu großen Teilen davon ab, ob genügend fachlich qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Die Koalition sieht die Verantwortung, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Fachkräftebedarf auch in Zukunft zu sichern. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, muss mehr Raum für die flexible Zusammenarbeit über die Sektorengrenzen hinweg bestehen. Kooperationen zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen im Gesundheitswesen sollten in größerem Umfang möglich sein.

Bremerhaven verfügt bereits über eine breite Fülle verschiedener Ausbildungen im Bereich der Gesundheitsfachberufe, die aber bislang wenig im Zuge der Durchlässigkeit aufeinander abgestimmt agieren. Diese Potenziale und Schnittstellen gilt es zusammenzuführen und die Bündelung vorhandener Kompetenzen voranzutreiben. Wir sehen hierin eine große Chance, den Gesundheits- und Pflegebereich in Bremerhaven aufzuwerten sowie die Anerkennung dieser Berufe zu erhöhen. Die anstehenden Umstrukturierungen in den Pflegeausbildungen durch die Einführung der generalistischen Pflegeausbildung stellen jetzt eine große Chance dar. Deshalb wird ein Ziel in dieser Wahlperiode die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Pflege- und Gesundheitsfachberufe sein, um die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen. Dort sollen Teilzeitausbildungsangebote das Ausbildungsspektrum ergänzen.

Bei einem neu entstehenden Gesundheitscampus im Land Bremen muss auch die Hochschule Bremerhaven angemessen mit eingebunden werden.

Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Gesundheitspolitik ein. Unter einer ungewollten Schwangerschaft leiden die betroffenen Frauen in viel stärkerem Maße als die betroffenen Männer. Verhütung von ungewollten Schwangerschaften ist aber Sache beider Sexualpartner. Wir werden daher in Bremerhaven weiterhin kostenlose Verhütungsmittel an Personen, die Sozialleistungen beziehen, zur Verfügung stellen. Zudem ist es unabdingbar, die persönliche Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch zu ermöglichen. Hierzu gehört neben dem Recht auf Informationen und Beratung auch die Möglichkeit, einen Abbruch wohnortnah vornehmen lassen zu können. Wir werden sicherstellen, dass an der kommunalen Klinik angestellte Medizinerinnen und Mediziner mit der sanften Methode die Möglichkeit dazu

haben. Den wichtigen frauen- und gesundheitspolitischen Beitrag, den das Forum Frauen und Gesundheit für Bremerhaven leistet, wertschätzen wir. Deshalb werden wir das Forum weiterhin angemessen unterstützen.

Wir wollen den Bremerhavener Topf erhalten und dadurch die Selbsthilfegruppen absichern.

Mit dem Modellprojekt „Fachkräfte für Prävention und Gesundheitsförderung an Schulen“ haben wir die Gesundheitskompetenz in ausgewählten Stadtteilen gestärkt. Wir wollen den Ausbau dieses Angebots und darüber hinaus die Einrichtung integrierter, niedrighschwelliger Gesundheitsversorgung als Ergänzung niedergelassener Hausärztinnen und Hausärzte weiter fördern. Die Zusammenarbeit der Bereiche Gesundheit, Schule und Jugendhilfe wollen wir insbesondere mit Blick auf spezifische Zielgruppen, wie bspw. traumatisierte Kinder und Jugendliche, intensivieren.

Gesundheit ist ein bedeutender Grundpfeiler eines selbstbestimmten Lebens. Einen wichtigen Beitrag leistet dabei die Gesundheitsprävention. Deshalb werden wir die bereits laufenden Präventionsprogramme fortschreiben. Damit bestätigen wir ihren Wert und geben ihnen die finanzielle Sicherheit, auch in Zukunft die Gesundheit der Bremerhavener Bürgerinnen und Bürger zu fördern und gesundheitliche Schäden zu mindern.

Sucht ist kein Randproblem. Die gesundheitlichen und auch wirtschaftlichen Schäden für die Betroffenen sind erheblich. Im Bereich der Drogen- und Suchtberatung wollen wir unsere Anstrengungen fortführen. Die Beratung und Betreuung Suchtkranker soll weiter unterstützt werden, damit jeder, der es benötigt, Hilfe in Anspruch nehmen kann.

Sport

Sportliche Betätigung fördert nicht nur die Gesundheit, sondern ist in der Gesellschaft ein unverzichtbares verbindendes und integratives Element.

Bau, Erhalt und Pflege von Sportanlagen stellen immer auch einen hohen finanziellen Aufwand dar. Aus diesem Grund wird die Koalition die finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, damit der Breitensport in Bremerhaven in den kommenden Jahren nachhaltig und langfristig unterstützt wird.

Dazu bedarf es einer optimalen Nutzung der Anlagen durch Vereins- und Schulsport, die reibungslos miteinander zu verzahnen ist.

Förderung des Breitensports

Damit die Potenziale des Sports ihre Wirkung hinreichend entfalten können, wird die Koalition in den kommenden Jahren den Breitensport stärker würdigen und unterstützen. Die Koalition wird die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, um Aufwendungen für Sportplatzpflege und Ersatzbeschaffung von Geräten nachhaltig und langfristig zu sichern.

Umsetzung des Sportentwicklungsplans wird fortgeführt

Grundlage für Bau, Erhalt und Pflege von Sporthallen und -plätzen ist der Sportentwicklungsplan. Die Sportentwicklungsplanung wird entsprechend des aktuellen Umsetzungsstands weiter fortgeschrieben.

Reibungslose Verzahnung von Schul- und Vereinssport

Um die Sportanlagen optimal zu nutzen, bedarf es einer reibungslosen Abstimmung zwischen Schul- und Vereinssport. Die Koalition wird die bestehenden Angebote hinsichtlich einer optimalen Abstimmung überprüfen. Sinnvolle Netzwerke und Kooperationen sollen gefördert werden.

Bekennnis zum Nordseestadion

Die Koalition erkennt die Bedeutung des Nordseestadions für Bremerhaven. Deshalb soll die Sanierung zügig umgesetzt werden. Es werden die finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen, um mit der Modernisierung starten zu können.

Erhalt des Freibads Grünhöfe und des Programms „Sommerferien-Pass“

Attraktive Freizeitangebote für eine lebenswerte Seestadt werden fortgeführt. Das Freibad Grünhöfe und der „Sommerferien-Pass“ bleiben erhalten.

Pauschalen für Übungsleiterinnen und Übungsleiter werden sichergestellt

Übungsleiterinnen und Übungsleiter sind unverzichtbar, um ein vielfältiges und hochwertiges Sportangebot in der Seestadt anbieten zu können. Sie leisten engagierte und hervorragende Arbeit. Die Koalition würdigt ihr Engagement und wird die bestehenden Pauschalen auch zukünftig sicherstellen.

Laufsport

Wir werden den Laufsport mit den touristischen Sehenswürdigkeiten verbinden. Laufen ist nicht umsonst Volkssport Nummer eins. Er ist sowohl als Einzel- als auch als Gruppensport geeignet. Hierbei werden wir unter dem Motto "Sightjogging" eine Möglichkeit anbieten, Bremerhaven und seine Sehenswürdigkeiten kennenzulernen. Des Weiteren soll die Einrichtung von farblichen Schildern unterschiedlicher Laufstrecken (5, 10, 15 und 20 km) durch Bremerhaven und umzu führen, um die Orientierung zu erleichtern.

Kulturpolitik

Kultur stellt für Bremerhaven einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor dar. Das von städtischen als auch freien Kulturträgern mit hohem ehrenamtlichem Engagement getragene vielfältige Kulturangebot wollen wir stärken und in den Quartieren Freiräume für die kulturelle Entwicklung schaffen und unterstützen.

Das Kulturangebot Bremerhavens muss für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt aber auch überregional für den wachsenden Kulturtourismus besser vermarktet werden, dazu tragen neben den durchgängig verfügbaren Kulturangeboten z. B. auch das Format „Lange Nacht der Kultur“ bei.

Wir befürworten die begonnene Neuausrichtung des Kulturamtes, vernetzend zu wirken und zu koordinieren, die Steuerung der Kulturförderung gezielt zu unterstützen sowie die Fortsetzung der Zukunftswerkstatt Bremerhaven Kultur 2027 als Impulsgeber.

Die Koalition will den Bereich der kulturellen Bildung voranbringen. Wo vielen Kindern und Jugendlichen der familiäre Zugang zu den Kultureinrichtungen fehlt, müssen Vermittlungsangebote verstetigt und optimiert werden. Dafür können wir uns ein Zentrum für kulturelle Bildung vorstellen, in das auch freie Angebote für Jugendliche (z. B. ein Jugendkulturtreffpunkt) integriert werden können. Entsprechende Synergieeffekte sind

nachzuweisen. Die Realisierung ist an einem geeigneten Ort als Qualifizierungsprojekt aus Drittmitteln durchzuführen.

Viele Beispiele in der Stadt zeigen, dass Kultur ein Motor von Stadtteilentwicklung sein kann. Hierzu bedarf es einer konstanten Förderung für Projekte der freien Kulturszene und der Unterstützung von Initiativen, mit denen ähnliche Impulse gesetzt werden. Dabei liegt ein Focus auf Projekten, für junge Menschen oder auch Familien. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Galerie „Goethe 45“ finanziell absichern.

Die Koalition bekennt sich zum Fortbestand des Stadttheaters Bremerhaven mit seinen drei Sparten und dem Kinder- und Jugendtheater JUB!. Als zweites Theater mit öffentlicher Förderung soll auch das Theater im Fischereihafen in seinem Fortbestand und seiner künstlerischen Qualität gesichert werden, dafür erwarten wir auch eine Beteiligung der FBG.

Wir setzen uns für den Erhalt und die Schaffung von Räumlichkeiten für das Nordseemuseum im Bereich Schaufenster Fischereihafen ein.

Die Aktualisierung des Angebots der Stadtbibliothek wird unterstützt. Im Süden der Stadt streben wir die Einrichtung einer Stadtteilbibliothek an.

Das Kunstmuseum mit seiner international anerkannten Sammlung bedeutender Gegenwartskunst bleibt ein Aushängeschild der Kulturstadt Bremerhaven. Das Bremerhaven-Stipendium des Vereins Kunst und Nutzen sowie das Künstler-Stipendium des Paul-Ernst-Wilke-Vereins sollen abgesichert bleiben.

Das Dreiergespann Kunsthalle - Kunstmuseum Bremerhaven - Stipendium, als einmalige und markante Verbindung, leistet einen großen Beitrag zu dem wichtigen Kulturangebot unserer Stadt. Diese Aufgabe soll abgesichert werden.

Die Koalition steht zu den überregional bedeutsamen Kultureinrichtungen wie dem Deutschen Auswandererhaus, dessen Entwicklung zu einem Nationalen Forschungsinstitut für Migration wir unterstützen. Daneben hat die Umgestaltung des Deutschen Schifffahrtsmuseums für uns hohe Priorität. Wir werden uns beim Bund und dem Land dafür einsetzen, dass dem derzeitigen Umbau weitere Bauabschnitte mit entsprechender Finanzierung folgen. Hierzu gehört auch die Neugestaltung des Außengeländes des Museums mit der Museumsflotte inkl. der Seute Deern.

Der kommunalen Verantwortung für die Kulturförderung ist sich die Koalition bewusst. Sie erwartet jedoch insbesondere auch von den umliegenden Gebietskörperschaften die Bereitschaft zur Beteiligung an der Finanzierung der Kultur- und Freizeiteinrichtungen Bremerhavens, da mit ihrer Erreichbarkeit auch die Attraktivität des Umlands unmittelbar verbunden ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch das Land Bremen durch geeignete Förderprojekte, Kunstler Austausch oder Wettbewerbe zur gemeinsamen Kulturentwicklung beider Stadtgemeinden beiträgt und damit identitätsstiftend wirkt.

Verfassung und Geschäftsordnung

Aktuelle Projekte und Themen zeigen, dass eine frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit bei Vorhaben und Planungen unerlässlich ist und insgesamt zu einer deutlich besseren Akzeptanz und Transparenz von Planungsprozessen und zu engagierter Beteiligung führen. Um die Bevölkerung in städtische Vorhaben zukünftig besser einzubeziehen, ist daher ein professionelles Dialogmanagement erforderlich. Projekte, die einer öffentlichen Begleitung bedürfen, werden auf der Dialogplattform vor- und eingestellt. Ein entsprechendes Monitoring ist vorzuhalten und Diskussionen müssen verantwortungsvoll moderiert werden. Hierfür wird ein Dialogmanagement-Konzept erarbeitet.

Daneben dienen die Stadtteilkonferenzen als wichtiges Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil und Politik sowie Verwaltung. Hier werden Informationen ausgetauscht und die Diskussionen zu einzelnen Themen im Stadtteil geführt. Die Arbeit der Stadtteilkonferenzen begrüßen wir und wollen diese weiterhin unterstützen.

Die Anliegen und Themen junger Menschen wollen wir aufgreifen und setzen uns daher für die Partizipation von jungen Menschen ein, indem wir die Einrichtung des Jugendparlaments begleiten und fördern.

Auf das Instrument der Einwohnerfragestunde als Informationsquelle für Bürgerinnen und Bürger soll mehr aufmerksam gemacht werden. Es soll geprüft werden, ob die Fragen in der Einwohnerfragestunde nach Verwaltungsantworten und politischen Antworten differenziert werden können.

Neben der Aktualisierung der Stadtverfassung, der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und des Entschädigungsortsgesetzes werden wir auch die Novellierung des Petitionsortsgesetzes abschließen. Das Gesetz soll die Möglichkeit für Online-Petitionen und öffentliche Petitionen schaffen.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat sich eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung für den Verzicht auf eine Ausschreibung für hauptamtliche Magistratsmitglieder ausgesprochen. Wir wollen in Verhandlungen mit der Bremischen Bürgerschaft und dem Bremer Senat die Voraussetzungen schaffen, dass zukünftig bei den Wahlen von hauptamtlichen Magistratsmitgliedern die Bremer Regelung angewandt wird. Analog zur Wahl des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft sowie den Senatorinnen und Senatoren werden – beginnend mit der Legislaturperiode 2027/31 – die hauptamtlichen Magistratsmitglieder auch nur für eine Legislaturperiode gewählt. Um das sicherzustellen, soll die Wahlperiode der hauptamtlichen Magistratsmitglieder auf vier Jahre verkürzt und eine gemeinsame Wahl der hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats in der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stattfinden. Damit wird sichergestellt, dass der politische Wille der jeweiligen Regierungskoalitionen auch für die Arbeit im Magistrat umgesetzt wird.

Personal und Organisation

Die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Verwaltung sollen weiterhin kontinuierlich ausgebaut werden. Daneben setzen wir uns für die Erweiterung der Stipendien in den Bereichen Sozialpädagogik und Ingenieurwesen sowie die Erweiterung der Möglichkeiten einer berufsbegleitenden Qualifizierung für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein.

Die Anstrengungen zur Personalbindung und -gewinnung müssen intensiviert werden. Das werden wir unter Einhaltung des tarifrechtlichen Rahmens organisieren, andererseits aber auch durch Ausschöpfung der sich daraus ergebenden Möglichkeiten. Dazu gehören auch die Überprüfung und Anpassung der Instrumente, die in den Bereichen Qualifikation, Umschulung etc. verfügbar oder zu entwickeln sind. Die Attraktivität des Arbeitgebers Magistrat ist weiter zu steigern und nach außen zu tragen. Dazu soll auch weiterhin eine Fortschreibung des Personalentwicklungskonzepts beitragen.

Wir werden dafür sorgen, dass keine sachgrundlosen Befristungen in der Bremerhavener Verwaltung mehr vorgenommen werden. In begründeten Einzelfällen kann der Magistrat davon abweichende Einzelbeschlüsse fassen.

Aus Effizienz- und Steuerungsgründen ist es wichtig, die Einbeziehung der Querschnittsämter konsequent sicherzustellen. Für rechtliche Fragen ist prioritär das Rechts- und

Versicherungsamt einzubeziehen, die Stadtkämmerei ist frühzeitig bei Finanzierungsfragen zu beteiligen und organisatorische Veränderungen – zumeist mit personalwirtschaftlichen Folgen verbunden – sind mit der Magistratskanzlei abzustimmen. Das Personalamt ist ebenso wie der Personal- und Organisationsausschuss frühzeitig und umfassend in alle Personalangelegenheiten einzubinden.

Die städtischen Ämter sind im Hinblick auf Effizienz und Bürgerfreundlichkeit zu überprüfen.

Digitalisierung

Die Verwaltung muss den eingeschlagenen Weg der Digitalisierung beschleunigt fortsetzen. Auf Grundlage des Verwaltungskonzepts vom März 2019 sollen insbesondere die kundennahen Dienstleistungen umfassend, zügig und barrierearm online angeboten werden (z. B. Bauordnungsamt). Gleichzeitig werden wir gewährleisten, dass die besonders frequentierten Verwaltungseinrichtungen, wie z. B. die Bürgerbüros, serviceorientierten Ansprüchen gerecht werden, indem vor allem die Wartezeiten verkürzt werden.

Viele der Digitalisierungsmaßnahmen stellen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen ein zusätzliches Angebot dar. Auch muss sichergestellt werden, dass die in Zukunft ausschließlich elektronische Bearbeitung von Verwaltungsangelegenheiten sicher funktioniert. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die dafür notwendigen personellen Ressourcen sowohl in zentraler als auch in dezentraler Zuständigkeit aufgebaut bzw. sichergestellt werden. Begleitend werden zur Qualifizierung des Personals entsprechende Ausbildungsplätze und Studienangebote (z. B. Verwaltungsinformatiker) geschaffen.

Eine möglichst schnelle und stabile Internetverbindung ist heutzutage nicht mehr nur an festen Standorten, sondern auch mobil wünschenswert. Öffentliche WLAN-Bereiche werden wir umfangreich stadtweit ausbauen.

Finanzen

Wir werden keine Veräußerung von städtischen Gesellschaften oder städtischen Beteiligungen vornehmen.

Bei Berücksichtigung der überproportionalen volkswirtschaftlichen Benachteiligung Bremerhavens gegenüber Bremen (Steuereinnahmeschwäche sowie weitaus höhere Arbeitslosenquote) ist es durchaus legitim, dass Bremerhaven innerhalb des zwei-Städte-Staates beim Finanzausgleich überproportional stärker Berücksichtigung findet, da auch das Land Bremen bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wesentlich stärker bedacht wird als 14 andere Bundesländer. Somit werden wir uns bei zukünftigen Gesprächen zum kommunalen Finanzausgleich für eine entsprechende Besserstellung Bremerhavens einsetzen.

Wir beabsichtigen, die jährlichen Einnahmen aus der Tourismusabgabe („Citytax“) ausschließlich für Maßnahmen und Projekte im Bereich Tourismus einzusetzen. Eine Finanzierung von Personalausgaben ist in diesem Zusammenhang nicht vorgesehen.

Wir werden zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit zum Umland bzgl. Gewerbe- und Einwohneransiedlungen weder die Grundsteuer A und B noch die Gewerbesteuer anheben.

Die Umsetzung dieser Koalitionsvereinbarung steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Zusammenarbeit der Koalitionsparteien

- In der Stadtverordnetenversammlung hat jeder Koalitionspartner das Recht, nach Herstellung des Einvernehmens mit den Koalitionspartnern Anträge eigenständig einzubringen. Vor Anfragen gem. §§ 38 und 39 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung sind die Koalitionspartner rechtzeitig zu informieren.
- Die Koalitionspartner verpflichten sich, im Rahmen der Koalitionsvereinbarung und der zusätzlich vereinbarten Politik in der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen, im Magistrat sowie in den Beiräten, Verwaltungs- und Aufsichtsräten nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen.
- Die Koalitionspartner sind sich einig, dass in den o. g. Gremien keiner der Partner überstimmt wird. Enthaltungen, die dazu führen, dass die Koalitionsmehrheit nicht mehr gegeben ist, sind ausgeschlossen.
- Es wird ein Koalitionsausschuss aus den Parteivorsitzenden, den Fraktions- und Gruppenvorsitzenden, dem Oberbürgermeister und dem Bürgermeister gebildet. Der Ausschuss wird einberufen, wenn eine der Parteien ihn anruft.

Übrige Vereinbarungen:

- Bei Ausscheiden hauptamtlicher Dezernenten werden folgende Vorschlagsrechte vereinbart:
SPD Oberbürgermeister (Dez. I), Schul- und Kulturdezernat (Dez. IV)
CDU Bürgermeister (Dez. II)
FDP Baudezernat (Dez. VI)
Das bisherige Sozial- und Jugenddezernat (Dez. III) wird aufgelöst. Die Zuständigkeiten für die Ämter werden wie folgt verteilt: Sozialamt und Sozialreferat (zukünftig: Dez. V), Amt für Jugend, Familie und Frauen inkl. Jugendhilfeplanung (zukünftig: Dez. IV), Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik (zukünftig: Dez. I). Die Zuständigkeit für das städtische Klinikum liegt beim Dezernat II.
- Verteilung der ehrenamtlichen Dezernate:
SPD (2) Menschen mit Behinderung und Soziales (inkl. Migrantinnen und Migranten); Gesundheit, Seniorinnen und Senioren und Demografie
CDU (2) Sport; Steueramt
Grüne (2) Gartenbau; Umwelt
- Weitere Änderungen im Zuschnitt der Dezernate:
Dezernat I: zusätzlich Feuerwehr
Dezernat II: zusätzlich Stadtplanungsamt

Verhandlungskommission

Für die SPD

Martin Günthner

Sönke Allers

Janina Brünjes

Melf Grantz

Torsten von Haaren

Martina Kirschstein-
Klingner

Für die CDU

Michael Teiser

Thorsten Raschen

Torsten Neuhoff

Christine Schnittker

Für die FDP

Bernd Schomaker

Jens Grotelüschen

Bernd Freemann

Hauke Hilz

Bremerhaven, 6. September 2019